

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 7. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Frage der Budgetbewilligung.

II. (Schluß.)

Wir begegnen also in der Begründung unserer württembergischen Genossen der Auffassung, als ob sozialdemokratische Volksvertreter einer Regierung und einer herrschenden Klasse gewissermaßen dafür zu Konzessionen verpflichtet wären, wenn sie anständig, objektiv, relativ entgegenkommend, kurz so behandelt werden, wie es der politischen Bedeutung ihrer Partei entspricht. Eine Auffassung, die unseres Erachtens gerade in 2. Übereinstimmung vor 6 Jahren der württembergische Delegierte Reil höchst treffend folgendermaßen charakterisiert hat:

„Und weiter: er (ein badiischer Genosse) lobt, daß unsere badiischen Abgeordneten als gleichberechtigt behandelt würden. Das ist doch wirklich der Gipfel der Bescheidenheit für einen Sozialdemokraten. Seit wann müssen wir denn eine Gegenleistung dafür gewähren, daß uns die selbstverständliche Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Parlamentsmitgliedern eingeräumt wird? ... Wir haben unsere Justizverwaltung, Steuerwesen, Kulturbetrieb, ja auch unsere Eisenbahnverwaltung auf das bestmögliche kritisiert und wir haben in unserer Kritik der Einzelforderungen Erfolg im Volke gehabt; überall haben wir Zustimmung gefunden, und die Sympathie, die uns das Volk entgegenbringt, ist gewachsen. Diese Sympathie würde schwinden, wenn wir durch die schließliche Zustimmung zum Budget unserer eigenen Kritik ins Gesicht schlagen wollten. Hierdurch, nicht durch die Verweigerung des Budgets, würden wir unser Ansehen schädigen.“

Vennimmt sich eine Regierung so gegen Volksvertreter, wie es sich für jedes moderne Staatswesen (Preußen gehört bekanntlich nicht dazu) eigentlich von selbst verstehen sollte, so mag man die Regierung mit gleicher Höflichkeit behandeln; aber seinen grundsätzlichen Standpunkt darf man deshalb so wenig verleugnen, wie es einer bürgerlichen Regierung je einfallen wird, von ihren Grundföhen abzugehen. Und die grundsätzliche Verneinung des kapitalistischen Klassenstaates bedeutet eben die Ablehnung des Gesamtetats!

Auch der Hinweis auf die württembergische Wahlreform ändert unseres Erachtens nicht das geringste an der Sachlage. Diese Wahlreform bedeutet kein Geschenk für die württembergische Sozialdemokratie, sondern eine Konzession, die der Reaktion im politischen Kampfe von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Linken abgerungen wurde. Eine besondere Gegenleistung war dafür keineswegs am Platze. Zudem sollte man doch auch nicht vergessen, daß die württembergische Verfassungsreform keineswegs ungetrübte Gerechtigkeit auszubilden geeignet war. Urteilen doch seinerzeit der Landesvorstand der Sozialdemokratie Württembergs und die sozialdemokratische Landtagsfraktion in einem im Juli vorigen Jahres erschienenen Aufruf an die Bevölkerung darüber folgendermaßen:

„Wir können nicht einstimmen in die Freude, die bei den bürgerlichen Parteien und ihrer Presse über das eben beendete Werk herrscht. Zwar bringt uns die Revision die reine Volkssammer und ein Stück Proporz, aber dafür mußte ein Teil des Budgetrechts der Zweiten Kammer geopfert und eine Verstärkung der Ersten Kammer in Tausch genommen werden, die bei künftigen Gesetzgebungsarbeiten schwer ins Gewicht fallen wird. Unsere Forderung auf Abschaffung der Ersten Kammer fand taube Ohren. Die Regierung, die Erste und die Mehrheit der Zweiten Kammer standen unter dem Eindruck der Furcht, der Einfluß des arbeitenden Volkes könne zu groß werden und die Interessen der herrschenden Klassen gefährden. Sie warfen daher das Gewicht ihrer Klasseninteressen, ihres Geburts- und Besitzvorrechtes in die Waagschale der Gesetzgebung und diese sank zuungunsten der Armen und Beschäftigten.“

Aber selbst wenn die Reinigung der Zweiten Kammer von Privilegierten nicht verquittet gewesen wäre mit der Stärkung der Kompetenzen der Ersten Kammer: wäre es deshalb nicht angebracht gewesen, nun erst recht den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft in aller prinzipiellen Klarheit fortzusetzen? Damals, nach der Verfassungsrevision, wurde uns denn auch aus Württemberg (nicht von unserem ständigen Mitarbeiter) geschrieben:

„Zweitens ist nun das parlamentarische Kampffeld der Zweiten Kammer von hemmenden Schranken gesäubert. Keine Schicht privilegierter Vertreter schiebt sich mehr zwischen die ansturmende Sozialdemokratie und die bürgerliche Parlamentsmehrheit. Nicht mehr kann ein Teil der einen und anderen bürgerlichen Partei den Abstrichen spielen in der Gewissheit, die Privilegierten würden schon für die erwünschte Korrektur sorgen. Jetzt heißt es Forde belennen. Auge in Auge stehen sich die Parteien gegenüber. Jetzt gilt: schwarz oder rot?“

Schließlich noch ein Wort über den württembergischen Etat selbst. Auch dieser trägt durchaus das Gepräge einer kapitalistischen Staatswirtschaft. Nur etwa 10 Proz. der Bruttoeinnahmen entstammen der direkten Einkommen- oder Kapitalbesteuerung. Der größte Teil der Ausgaben wird gedeckt durch staatliche Betriebsmaßnahmen, wobei die Eisenbahnüberschüsse ebenso eine Hauptrolle spielen wie in Preußen. Also auch die Gestaltung des Etats vermag es nicht zu erklären, warum die grundsätzliche Bekämpfung des Klassenstaates in Württemberg nicht ebenso am Platze sein sollte wie in Preußen und im Reich!

Zudem aber ist es in Anbetracht des politischen Zusammenhanges der Einzelstaaten mit dem Reich, das doch nicht außerhalb dieser Staaten existiert, sondern ihre Zusammenfassung zu einem größeren Staatsorganismus bedeutet, nichts als zu

konsequenz, wenn die Sozialdemokratie den Reichsetat verweigert, den Einzelstaaten aber ihre Budgets bewilligt. Die Politik der einzelnen deutschen Bundesstaaten läßt sich von der allgemeinen politischen Lage des Reiches und dessen Politik, mögen auch im einzelnen Gegensätze bestehen, nicht trennen. Sie stehen in organischem Zusammenhang miteinander, und demnach schwächt die Budgetbewilligung in den Einzelstaaten nicht nur die dortige Oppositionsstellung der Sozialdemokratie, sondern auch die oppositionelle Stellung der Partei im Reichstage. Je weiter die sozialdemokratische Budgetbewilligung in den Landtagen der süddeutschen Bundesstaaten um sich greift, desto mehr wird die starre Ablehnung des Reichsetats durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer zweck- und inhaltslosen Demonstration!

Wir bekämpfen den Kapitalismus und seine Organisation, den Klassenstaat, doch nicht nur des Militarismus oder der kapitalistischen Weltpolitik wegen, die in den Einzelstaaten, direkt wenigstens, allerdings keine Rolle spielen. Wir bekämpfen ihn auch nicht seiner spezifisch bürussischen Polizei- und Bürokratiemacht wegen, sondern wegen seines wirtschaftlichen Fundaments, der Institution des Privateigentums, das die kapitalistische Klassenschichtung bedingt. Diese Klassenschichtung mit ihrem politischen Ueberbau kann nur durch den proletarischen Klassenkampf in seiner prinzipiellsten Form überwunden werden. Die Ruppigkeit des Tones braucht deshalb nicht den Gradmesser für die Grundsätzlichkeit des Klassenkampfes abzugeben; aber umgekehrt darf die Konzilianz in der Form niemals soweit gehen, die Tatsache und das allgemeine Bewußtsein des Klassenkampfes dadurch abzuschleifen, daß man einer bürgerlichen Regierung, sei es auch nur vorübergehend und gewissermaßen bedingungs- oder versuchsweise, aus Anerkennung ihres guten Willens Grundzüge des Klassenkampfes zum Opfer bringt.

Es fällt uns nicht ein, wenn wir auch keineswegs die Frage der Budgetbewilligung als eine bloße taktische Frage auffassen, die württembergischen Genossen des Prinzipienverrats zu bezichtigen. Wir begreifen wenigstens zum Teil ihre Abstimmung aus den besonderen Verhältnissen Württembergs heraus; aber nichtsdestoweniger finden wir ihren Schritt höchst bedenklich, da er uns als eine weitere gefährliche Annäherung an die bürgerliche Parlamentspolitik, als eine vielleicht nicht ganz bewußte, aber trotzdem vorhandene Anpassung an die Auffassung erscheint, daß die Sozialdemokratie ihre Ziele nur langsam auf parlamentarischem Wege durch kleine allmähliche Veränderungen und Umbildungen vorhandener Einrichtungen zu erreichen vermag. Von dieser Auffassung aus liegt die Folgerung, daß die Sozialdemokratie die Budgets zu bewilligen hat, die in kultureller Hinsicht einen gewissen Fortschritt bedeuten, nicht nur sehr nahe, sondern sie ist auch ganz konsequent. Wachsen wir ganz allmählich mit einer gewissen Notwendigkeit in den Zukunftsaufbau hinein und werden die Klassengegensätze zwischen den Proletariern und den unteren bürgerlichen Schichten durch das gleiche Streben nach höherer Kultur immer mehr ausgeglichen, dann ist es tatsächlich nur eine Hemmung dieses friedlichen Verdeganges, wenn man dem Staate die Mittel zu dieser notwendigen, organischen Entwicklung verweigert. Ist man dagegen der Ansicht, daß es an den historischen Bedingungen für eine derartige Entwicklung fehlt, daß die Klassengegensätze sich verschärfen anstatt mildern, daß die Sozialdemokratie nicht die Aufgabe hat, diese langsamen Ueberleitungen einer sozialen Institution in die andere zu fördern, sondern daß sie den heutigen Klassenstaat und sein kapitalistisches Wirtschaftssystem rückwärtslos anzugreifen und, soweit das möglich ist, ihm seine Existenzmittel zu entziehen hat, dann erscheint die Budgetbewilligung als ein durchaus verfehltes Mittel! Schon Auer, der, wenn er auch kein eigentlicher theoretischer Kopf war und sich in der theoretischen Argumentation oft nicht zurechtfindet, doch einen scharfen Blick für die gegebene politische Situation und ihre Konsequenzen hatte, hat diesen Zusammenhang der Budgetbewilligungsfrage mit dem gekennzeichneten Auffassungen erkannt, als er auf dem Frankfurter Parteitag ausführte:

„Ich war besonders neugierig auf den Wortlaut der prinzipiellen Erklärung, die Ihr beim Finanzgesetz abgegeben habt. Die Worte des Genossen Grillenberger haben mich sehr überrascht. Er sagte: „Andererseits aber kann sie, die Fraktion, nicht verkennen, daß der Entwurf des Finanzgesetzes für die 22. Finanzperiode eine größere Anzahl von Aufwendungen für kulturelle Zwecke enthält und daß die Bewilligung des Gesetzes zur Fortführung der Geschäfte des Gemeinwesens notwendig ist. In dieser Erwägung und unter uneingeschränkter Aufrechterhaltung ihres prinzipiellen Standpunktes stimmt sie dem Finanzgesetz zu.“ Das ist nun ein Standpunkt, der zweifellos richtig ist für alle Mitglieder der staats-erhaltenden Parteien, aber nicht für uns. Seit Ihr denn in den Landtag gewählt, das bayerische Gemeinwesen in seiner jetzigen Gestalt fortzuführen? Sollen Ihr es nicht umgestalten oder — verzeihen Sie den Ausdruck einmal — untergraben? Legt Euch einmal diese Frage vor, und Ihr werdet die schiefe Situation begreifen, in die Ihr geraten seid. Das Gemeinwesen wird in sich selbst zerfallen, aber die Mittel zum Unterhalt und zur Fortführung dieses Gemeinwesens zu gewähren, das ist nicht Eure Sache. Ueberlaßt das ruhig den Rationalisten und Ultramontanen.“

Die hinkende „Demokratie“.

Die „Frankf. Ztg.“ hat nun endlich auch die Entdeckung gemacht, daß die Wahlrechtsbewegung von „unten her“ inszeniert werden müsse:

„Das ist in der Tat der entscheidende Punkt: die Bewegung von unten her. Eine starke Volksbewegung ist das sicherste Mittel, um dem Volke endlich zu seinem Rechte zu verhelfen und zu verhindern, daß es mit Halbheiten abgepeißt wird. Diese Volksbewegung wird auch die konservativen Widerstände hinwegwischen. Mit dem schweigenden Abwarten ist es nicht getan. Wenn es auch in der nächsten Session dem Anschein nach noch nicht zu der Reformgesetzgebung selbst kommen wird, so muß doch die Regierung veranlaßt werden, klar und unzweideutig ihre Stellungnahme zur Wahlrechtsfrage festzulegen. Bei den Landtagswahlen im nächsten Jahre wird um diese Frage der Hauptkampf geführt werden, und es ist deshalb von besonderem Wert, die Stellungnahme der Parteien sowohl wie der Regierung beizutreten zu lernen. Ein Gerumdrillen darum, wie es früher beliebt wurde, ist jetzt nicht mehr möglich. Zugleich aber steht auch fest, daß die freisinnigen Parteien nur für eine ernsthafte Reform zu haben sind, die das preussische Abgeordnetenhaus zu einer wirklichen Volksvertretung gestaltet, und nicht für ein Scheinparlament, die nach Art des Klassenwahlrechts von neuem politische Vorrechte schaffen.“

Es hat sehr lange gedauert, bis die „Frankf. Ztg.“ endlich zu der Einsicht gelangt ist, daß nur durch eine Volksbewegung der Wahlrechtskampf erfolgreich zu führen ist. Nicht minder lange hat es gedauert, bis das „demokratische“ Blatt die Forderung ihrem Jahngesetze hat entreißen lassen, daß ein neues Privilegiertenwahlrecht für den Freisinn unannehmbar sein müsse!

Bei alledem geht das mutige Demokratenblatt noch immer wie die Rage um den heißen Brei herum. Die Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen hat es noch immer nicht erhoben! Ferner aber redet die „Hf. Ztg.“ noch immer einem freisinnigen Kuhhandel mit Bülow das Wort!

Statt die einzig richtige Taktik für den Freisinn zu empfehlen, nämlich die Forderung zu erheben, daß Bülow bereits in der nächsten Landtagsession einen Wahlrechtsentwurf vorlege, will es sich noch immer mit einer „Stellungnahme“ der Regierung begnügen, also mit bloßen Versprechungen abpeisen lassen! Als ob sich nicht auch an Kanzlerworten später noch Belieben deuten und drehen ließe, ja als ob, selbst wenn es Bülow mit seinen Versprechungen ehrlich meinte, nicht über Nacht ein „neuer Mann“ an Bülows Stelle auf der Bildfläche erscheinen könnte, für den die feierlichsten Zusagen einer verflochtenen Regierung auch nicht mehr das Gewicht einer Feder hätten!

Das alles weiß natürlich ganz genau auch das Frankfurter „Demokraten“-Blatt. Aber es will den Blod nicht der Gefahr aussetzen, wegen der Wahlrechtsfrage gesprengt zu werden. Es möchte jede Entscheidung möglichst lange hinausschieben, gleichviel, was dabei aus den Rechten des Volkes wird! Es bildet sich womöglich sogar ein, daß der Freisinn die Massen mit einer läppischen Scheinaktion einseifen könnte!

Der Freisinn mag sich aber ein für allemal gesagt sein lassen, daß er mit solchen kindischen Dünkelversuchen kein Glück haben wird. Das Mundspitzen wird ihm auf keinen Fall helfen, er wird schon pfeifen müssen, wenn ihm nicht die Sozialdemokratie urkräftig zum Tanze aufspielen soll!

Zum Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit kehren im ober-schlesischen Industriebezirk Arbeiterausstände wieder, die nicht den Charakter organisierter und planmäßig geleiteter Lohnbewegungen tragen, sondern die sich eher als verzweifelte, spontane Ausbrüche des Volksumwillens charakterisieren. Die Streiks kommen plötzlich, dehnen sich aus, brutale Polizeigewalt, Hinte und Geißlichkeit zwingen die Bergproletarier ins alte Joch zurück — wenn der Hunger nicht tut. Da und dort flackert wieder auf, auch diese Fälle sind rasch „erlebigt“ und Kirchhofsrube herrscht wieder in den ostelbischen Gefilden frommer Zentrumsgrafen.

Diesmal sind die fiskalischen Werke des Königshütter Revieres, wo die „königlichen“ Vergleute gegen unerhörten Druck vom Staate befohlener Fronvdigte aufbegehren. Gleich 30 Proz. Lohnaufbesserung verlangen die Arbeiter. Geheimrat Berggrat Wiggert hat „selbstverständlich“ abgelehnt und zur bedingungslosen Ansfahrt aufgefordert, während die Königshütter Verginspektion Schläge auf den Magen, d. h. die Entlassung denjenigen androht, die nach drei Tagen nicht zu Kreuze frieden. Nebenbei wird Polizei requiriert, „die Menge“ auseinandergetrieben und die Ruhe „wiederhergestellt.“ „Das machen wir in Oberschlesien so.“

Zum Beweis, daß die Forderung einer Lohnerhöhung um 30 Proz. durchaus gerecht und notwendig ist, mögen die Jahresdurchschnittslöhne der im preussischen Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiterschaft dienen. In den Jahren 1900 und 1906 war die Konjunktur annähernd die gleiche, deshalb mögen beide Jahre auch zum Vergleich angezogen sein.

Jahr der verfahrenen Schichten	1900	1906	Durchschnittslohn pro Jahr	1900	1906
Revier	281	286	877	924	
Oberschlesien	304	303	910	924	
Ruhrgebiet	318	321	1232	1402	
Burgundgebiet	310	307	1194	1354	
Saargebiet	298	296	1044	1146	

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen ober deren Raum 50 Pfg., für politische und gesellschaftliche Berichts- und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Durchschnittslöhne aller preussischen Bergleute zusammengekommen waren 1900 1138 M., 1906 1211 M. Gegen den amtlich ermittelten Durchschnittslohn sind die schlesischen Bergleute stets um rund 300 M. oder 30 Proz. zurückgeblieben. Wenn sie Gleichstellung mit den Berufsgegnossen im übrigen Deutschland verlangen, so ist das nicht mehr wie recht.

Natürlich haben bei diesen Hungerlöhnen die schlesischen Bergproletarier den Unterhalt für die Familie nicht allein bestreiten können. Darum waren 6,5 Prozent der Belegschaft Frauen, außerdem eine sehr große Anzahl jugendliche Arbeiter und Kinder auf den Werken beschäftigt. Der Revierbeamte für den Bezirk Nord-Gleiwitz berichtet, daß die Konfolidierte Konfordia und Michaelgrube 37 junge Burschen von 14—16 Jahren unter Tage beschäftigt hat und bemerkt dazu entschuldigend:

„Bei der Beschäftigung dieser Arbeiterklasse liegt hiernach nicht die Absicht der Werkverwaltung vor, billig arbeitende Kräfte in größerem Umfange heranzuziehen, vielmehr besteht das Bestreben der Verwaltungen darin, junge Burschen, besonders Bergmannsöhne, welche Lust zu dem Berufe ihrer Väter haben, möglichst frühzeitig an die bergmännische Arbeit zu gewöhnen.“

Der Nachsatz beleuchtet die ober-schlesischen Zustände allerdings taghell:

„Gleichzeitig wird in den meisten Fällen dabei den Anträgen der Familienhäupter entsprochen, welche für ihre Angehörigen ständige und lohnende Arbeit suchen.“

Wie die „Lohnende“ Arbeit aussieht, darüber belehrt uns folgende Tabelle, die der Revierbeamte für Ostbeuthen zusammengestellt hat. Es verdienen pro 10—12stündige Schicht im Steinkohlenbergbau:

	1903	1904	1905	1906
jugendliche Arbeiter . . .	0,87 M.	0,89 M.	0,89 M.	— M.
weibliche Arbeiter . . .	1,10	1,12	1,15	1,17

Die Figura zeigt, wissen ober-schlesische Zentrumsgrafen und Fürsten Proletarierfrauen und Kinder nicht nur auszunutzen, sondern sie auch nach ihrer Weise zu entlocken. Es wäre ein Wunder zu nennen, wenn die elende Entlohnung in Verbindung mit übermäßig langer Arbeitszeit und strupel-loser Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft nicht auch eine große Unfallhäufigkeit zur Folge gehabt hätte. Folgende Tabelle gibt uns darüber Aufschluß:

Unfall- sektion	Zahl der Versicherten	Auf 1000 Versicherte kamen schwere und tödliche Unfälle (entschädigte)	
	1906	1897	1906
Dorm	122 029	9,86	15,58
Bochum	279 707	15,60	18,80
Clausthal	24 827	6,78	9,88
Halle	88 112	7,28	10,23
Balduin	29 887	5,83	5,59
Tarnowitz D. S.	103 463	15,57	19,58
Rindau	30 279	9,32	12,12
München	10 945	9,92	9,87

Die Geschichte des ober-schlesischen Industrie-Proletariats ist ein einziger langer Leidensweg. In allen Statistiken fallen die ober-schlesischen Zahlen unangenehm auf — ausgenommen die der Unternehmergewinne. Da wird das vorher so triste Bild von Rot und Elend plötzlich hell und glänzend. Der Staat hat Ueber-schüsse erzielt 1896 23, 1904 27,6, 1905 30,6 Millionen.

Von privaten Werken verzeichneten Gewinne:

	1905 Mark	1906 Mark
Königs- und Laurahütte	6 590 507	8 245 256
Silesia Baruschowitz	868 000	1 090 000
Hohenlohehütte (1/2 Jahr)	6 688 267	7 826 564
Ober-schlesische Kokswerke	1 890 000	2 210 000
Ober-schlesische Eisenindustrie für Bergbau und Hütten	1 498 811	1 799 094
Donnersmühlhütte	8 539 205	8 581 887

Diese Zahlen nebeneinander gestellt enthüllen den ganzen Willkür der „göttlichen“ Weltordnung: Auf der einen Seite Millionen blutarmen Proletariats, die aus Verzweiflung zu planlosen Hungerstreiks greifen, auf der anderen Seite die handvoll Großkapitalisten, darunter der „Vater“ Staat, die märchenhafte Gewinne einheimfen.

Weder ist ein Sieg der Arbeiter wenig wahrscheinlich. Durch das Nationalpolentum, das Herr Korfanty im „Verband der gegenseitigen Hilfe“ kultiviert, werden die Arbeiter einander entfremdet und verdimmt. Schwülstige „nationale“ Phrasen und kein Geld! Die Geiseln stehen von allen Ranzeln Blei und Schwefel herab auf die Feher; Versammlungs-säle gibt's nicht. Polizei, Behörden und Unternehmertum arbeiten gemeinschaftlich auf „ober-schlesische“ Art — und das arme gedrückte Volk Ober-schlesiens kriecht wieder ins verhasste Joch! Die Agitations-, Organisations- und Aufklärungsarbeit im Sinne des Sozialismus findet unter den Umständen nur sehr schwer Eingang. Darum werden sich wilde Streiks in Oberschlesien auch noch öfter wiederholen.

Inzwischen scheint die Bewegung schon abzulaufen, vorausgesetzt, daß man den offiziellen Depeschen trauen darf.

Diese melden:
Breslau, 8. August. Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Königs-hütte meldet, hat auf dem Krugschachte der Königs-hütte die Zahl der Arbeitswilligen zugenommen; bei der gestrigen Abendschicht führen bereits dreihundert Mann an. Abends kam es wiederum zu Aufrührungen, so daß die Polizei wiederholt nach den Schächten zum Schutze der Arbeitswilligen ausmarschieren mußte. Drei Personen wurden verhaftet, eine durch einen Säbelhieb verletzt.

Badze, 6. August. Nach einer Mitteilung der königlichen Bergwerksdirektion sind zur gestrigen Abendschicht rund 600 Mann mehr eingefahren als am Sonnabend. Zu der heutigen Frühschicht sind auf dem Ostfeld von 1140 Mann 276, auf dem Marienschacht von 164 Mann 32, auf dem Südfeld von 470 Mann 144 eingefahren; das sind gegen gestern 104 Mann mehr.

Hoch der internationale Militarismus!

Bei der Abschiedsfeier bei der Kaiserbegegnung in Ewinwände brachte der Zar folgenden Trinkspruch aus:
„Ich bin glücklich, daß ich diese Gelegenheit habe, Eurer Majestät für die mir bereitete so herrliche Aufnahme aufrichtig zu danken und den ganzen Wert zum Ausdruck zu bringen, den ich auf die Fortdauer der Beziehungen überlieferter Freundschaft und Verwandtschaft lege, die beständig ein enges Band zwischen unseren Häusern und Völkern gewesen sind. Nachdem ich mit lebhaftem Interesse und großer Bewunderung den Wandern der schönen deutschen Flotte beigewohnt habe, erhebe ich mein Glas auf die Gesundheit Kaiser Wilhelms, des obersten Chefs dieser Flotte, und auf das Gedeihen der tapferen deutschen Marine.“

Wilhelm II. erwiderte:

„Eurer Majestät sage ich mein herzlichsten Dank für die soeben gesprochenen glüklichen Worte, welche die Freundschaft zum Ausdruck gebracht haben, die uns und unsere Völker verbindet. Es ist das erste Mal, daß meine Flotte unter dem Kommando meines Bruders die Ehre gehabt hat, vor Eurer Majestät zu manövrieren. Die anerkennenden Worte Eurer Majestät werden in den Herzen meiner Offiziere und Mannschaften fortleben. Wir alle sind von dem Wunsche durchdrungen, daß es Eurer Majestät vergönnt sein möge, den ein-geleiteten Ausbruch der russischen Flotte erfolgreich durchzuführen. Wie Eurer Majestät bin auch ich erfüllt von dem Gedanken der un-abänderlichen Freundschaft unserer Häuser und unserer Völker. Diese Freundschaft hat mehr als ein Jahr-hundert überdauert, sie verbindet uns heute und wird weiter dauern. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus. Seine Majestät der Kaiser von Rußland hurra!“

Die Toaste erinnern auffallend an jene Festsprüche, die am 18. September 1901 der Zar und der Präsident der fran-zösischen Republik Loubet tauschten. Damals sagte der Zar:

„Die Kaiserin und ich empfinden eine ganz besondere Freude darüber, nach Frankreich zu der bestreudeten und ver-bündeten Nation zu kommen. . . . Mit der lebhaftesten Ver-friedigung habe ich soeben das glänzende Nord-geschwader bewundert. . . . Ich trinke auf die Wohl-fahrt der französischen Flotte. . . .“

Loubet sagte damals:

„Sie! Die französische Marine ist Ihnen außer-ordentlich dankbar für die Ehre, die Sie ihr soeben erwiesen haben. Indem ich diesen Gefühlen Ausdruck gebe, erhebe ich mein Glas . . . auf das Gedeihen Ihrer Marine. . . .“

Man sieht, man braucht nur das Konzept älterer Reden ein wenig zu verändern, anstelle der französischen die deutsche Marine zu setzen, und der neue Toast ist fertig!

Es wird weiter geräht, trotz aller Bündnisse und Gegen-bündnisse, trotz aller „Friedenskonferenzen“ und Kaiserzusammen-künfte!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. August 1907.

Wo bleibt das Zentrum?

Die sozialdemokratische Kritik des völligen Versagens des Zentrums in der preussischen Wahlrechtsfrage beginnt der ultramontanen Presse sichtlich unangenehm zu werden. So verteidigt heute die „Köln. Volksztg.“ die Haltung des Zentrums:

„Ganz konfuse Ansichten aber werden über das Zentrum entwickelt; der „Vorwärts“ will es zwingen, mitzu-tun. Das ist sehr überflüssig. Just zur rechten Zeit wurde im Herbst 1906 auf den Bezirksdelegiertentagen der rheinischen Zentrums-partei die Frage der preussischen Wahlreform angehängt. Das Zentrum war noch bei der Wehr-heit, es hat damit bewiesen, daß es auch in der Sonne der Re-gierungsgunst die Volksforderungen nicht vergißt. Ueberall ist damals einstimmig die Einführung des Reichstagswahlrechts gefordert worden. Kaum war die preussische Zentrumsfraktion verammelt, als sie auch ihren Antrag im Januar 1907 einbrachte und damit dem Willen der Wähler entsprach. Es brauchte also gar keinen Zwang und kein Drängen; das Zentrum nimmt nur den Faden von 1873 wieder auf. Da inzwischen bereits national-liberale Blätter an den Freisinn eine Abzage ergeben sehen, so wächst die Bedeutung dieser Zentrums-aktion sehr; hoffentlich aber geht es nicht wie 1873, wo der ge-samte Freisinn schließlich das Zentrum im Stiche ließ.“

Das ist eine geradezu bemitleidenswert schwächliche Ver-teidigung des Zentrums, das bisher die Aufrollung der preussischen Wahlrechtsfrage nur dergestalt für sich und seine arbeitsfähigsten Fraktionsinteressen zu fruchtbareren suchte, daß es durch seine Presse die Konservativen gegen die be-gährlichen Freisinnigen aufzuheben suchte! Darin ganz allein bestand bis jetzt das Eintreten des Zentrums für die preussische Wahlrechtsreform!

Und nun heuchelt das Zentrum gar die Besorgnis, daß der Freisinn es bei der Fortsetzung seiner Aktion von — wer laßt da! — Anno 1873 am Ende gar im Stiche lassen könnte! Auch wir trauen dem Freisinn nicht über den Berg; aber wer, wie das Zentrum, seit Jahrzehnten Re-gierungspartei war und trotzdem niemals auch nur den leisesten Versuch gemacht hat, seine ausschlaggebende Stellung zur Beseitigung der Dreiklassensystem in Preußen auszunutzen, der hat wahrhaftig keine Ursache, sich nun gar als den demokratischen Vorkämpfer und Antreiber des Freisinnigen auszugeben! In der Wahlrechtsbewegung hat sich bis jetzt das Zentrum noch nicht einmal ins Schlepptau nehmen lassen!

Geradezu lächerlich nimmt sich auch die Berufung der „Köln. Volksztg.“ auf die Bezirksdelegiertentage im Herbst 1906 aus. Als ob nicht vorher das Zentrum im Reichstag die Behandlung der preussischen Wahlrechtsfrage aus sachen-schleunigsten „Kompetenz“-Bedenken abgelehnt und im Landtag die Stellung von Wahlrechtsreformvorschlägen großmütig der — Regierung überlassen hätte! Im Januar 1907 endlich sah es sich gezwungen, den Faden von 1873 wieder aufzunehmen!

Die „Köln. Volksztg.“ muß uns also schon — ob mit oder ohne ihre freundliche Einwilligung — gestatten, daß wir auch ihrer Wahlrechtsbewegung etwas Leben ein-sößen! —

Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung.

Graf Polzodowsky hat verschiedentlich vor seiner Verabschiedung als die größte der Aufgaben, die seiner Arbeitskraft harre, die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung bezeichnet und fast allgemein ist unter dieser Vereinheitlichung eine Zusammenlegung der ver-schiedenen Versicherungszweige oder doch zum wenigsten ihre Zusammenfassung zu einem einheitlichen System verstanden worden, ließ sich doch auch aus den gefälligen Äußerungen kaum etwas anderes entnehmen. Der jetzige Leiter des Reichsamtes des Innern ist anderer Ansicht. Er hält allem Anschein nach höchstens für die Kranken- und Invalidenversicherung eine etwas engere Verbindung angebracht; die Unfallversicherung soll in der heutigen Form erhalten bleiben. Die „Berl. Pol. Nachr.“ berichten nämlich in einer offiziellen Notiz:

„Ueber die in Aussicht genommene Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung sind immer noch ganz irrthümliche Vor-stellungen verbreitet. Man geht vielfach von der Idee aus, daß es sich dabei um eine Zusammenlegung der ver-schiedenen Versicherungszweige handele. Es ist deshalb erneut darauf aufmerksam zu machen, daß man sich im Jertum befindet, wenn man von der Annahme ausgeht, daß es sich bei der in Aussicht genommenen Maßnahme um die Ver-einheitlichung der verschiedenen Versicherungsträger handelt. Gewiß gab es eine Zeit, in der man daran dachte, die Arbeiter-versicherung zu vereinheitlichen. Aber auch damals war der Kreis derer, die alle drei Kategorien von Versicherungs-trägern in einen verschmelzen wollten, doch nur recht klein. In maßgebenden behördlichen Kreisen hat diese Idee von Anfang

an recht wenig Anklang gefunden. Dagegen wurde die Idee der Verschmelzung von Krankenkassen mit Invaliden-versicherungsanstalten eine geraume Zeit hindurch ernsthaft erörtert. Es sind in dieser Beziehung von den verschiedensten zuständigen Stellen eingehende Denkschriften ausgearbeitet und veröffentlicht worden. Bei dieser historischen Entwicklung der ganzen Frage ist es schon an sich nicht recht verständlich, weshalb man sich in einzelnen Erwerbskreisen und, wie gesagt, auch in Handelskammern darüber aufregt, daß die Existenz der Berufsgenossenschaften in Frage stünde. Das ist ja gar nicht der Fall. War schon früher kom-men daran gedacht, die Berufsgenossenschaften, die sich für die Unfall-versicherung so außerordentlich gut bewährt haben, fallen zu lassen, jetzt steht eine solche Eventualität noch viel weniger in Frage. Es handelt sich jetzt auch gar nicht um die Zusammenlegung der gesamten Versicherungsorganisationen, sondern in der Hauptsache um eine Vereinheitlichung der ver-schiedensten rechtlichen Bestimmungen bei den staatlichen Ver-sicherungsarten.“

Die Notiz zeigt deutlich, welche Gründe die Regierung zu ihrer Abwendung von den früheren Plänen veranlaßt haben: Rücksichten auf die Wünsche der großen Unternehmerschaft. —

Die Unsinngkeit des Samaschendrills

wird heute von — — — der „Kreuz-Ztg.“ einer ägenden Kritik unterzogen! Unser Samaschendrill, der — nach dem Zeugnis eines Herrn B. Seyelin, der in der „Kreuz-Ztg.“ einen Zeit-artikel veröffentlicht — im wesentlichen noch auf einem Reglement aus dem Jahre 1813 basiert, wird von dem genannten Sach-verständigen des führenden konservativen Organs folgendermaßen beurteilt:

„Die fremden Beobachter unserer Armee pflegten im Hinblick auf die Erscheinungen der Uebungsplätze vor Unter-schätzung der preussisch-deutschen Infanterie zu warnen: „Die Armee hat eine andere Exerzierplatz“ wie Gesechtstaktik! Aber welche Gefahren lagen doch in dieser Mächtigkeits! Dem während die Nachbararmeen aus ihren Reglements längst die Formen der alten Zeit verbannt hatten, bestand noch bei uns — bis 1888 — die dreigliedrige Aufstellung zu Recht. Aus eigener Erfahrung weiß ich noch, daß, als ich ein-mal die Ehre hatte, Gast des österreichischen Feldzeugmeisters Herzog Wilhelm von Württemberg zu sein, er mich lächelnd fragte: „Sagen Sie mal, mein Generalstabs-offizier behauptet, Ihre Infanterie hätte noch die dreigliedrige Aufstellung. Das ist doch wohl unmöglich?“ — und daß ich besämt die ge-wundene Erklärung über die „Bedeutung des Exerzierplatzes“ abgeben mußte.“

Diese Bedeutung des Exerzierplatzes lag aber wesentlich in der Vorstellung, daß die Stimmtheit des Exerzierens geschlossener Massen unentbehrlich sei, wenn auch nicht zur Niederämpfung des Feindes, so doch zur Erzielung der Manneszucht und des inneren Haltes im Kriegs-falle. Wer aber aus den Erfahrungen der neuesten Kriegs-geschichte weiß, wie schwer es im Ernst-falle war, die mühsam eingeübten Formen des Exer-zierplatzes im feindlichen Feuer zu be-wahren, wie sie in dem vernichtenden Feuer des Feindes zusammenge-schmolzen, der konnte nur bedauern, daß tatsächlich der größere Teil der Ausbildung dem Exerzieren, nur der kleinen, dem Gesecht galt. So exerzierte man schließlich mehr, als man im Gelände übte. Dieser gefährlichen Scheidung von Exerzierplatz und Uebungen hat erst das Reglement von 1906 ein Ende gemacht — wenn in entsprechender Weise besichtigt würde. Denn hieron hängt es ab, ob die Truppe kriegs-gemäß ausgebildet wird.“

Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch einsichtiger militärische Beurteiler, die der Sozialdemokratie durchaus fern standen, haben ja oft genug mehr oder minder unerblickt auf die Sinnlosigkeit unseres Samaschendrills hingewiesen. Aber es ist doch nicht ganz uninteressant, nunmehr im Hauptorgan der Konservativen einem solchen Urteil über die Überflüssigkeit, ja Schädlichkeit dieses Samaschendrills zu begegnen, der sich als Hauptargument gegen die weitere Verfüzung der Dienstzeit ins Feld geführt wird!

Konflikt-lüsterne Kolonialphantasten.

Der „Rhein. Westf. Ztg.“ ist es durchaus nicht recht, daß die Regierung nicht die Unruhen in Casablanca als Anlaß benutzte, um ihre frühere aggressive marokkanische Politik wieder aufzunehmen, die Franzosen, Spanier und Engländer zu bestrafen, auf eigene Hand deutsche Truppen an der atlantischen Küste zu landen und dort eine neue Position nach ostasiatischem Muster vorzunehmen. Das Blatt schreibt nämlich:

„Frankreich geht ruhig und mit Energie auf dem Wege zur Wahrung seiner Interessen vor und wird von Spanien und England hierbei unterstützt und von Italien zum Pandatar er-nannt. Nur von einer Vertretung der deutschen Interessen hört man nichts, die doch wahrlich denen anderer Nationen nicht nach-siehen, sondern seinerzeit sogar der Einsetzung der Person des Kaisers für wert befunden wurden. Im Festestrußel und unter dem Begrüßungsalut von Schweinwände scheinen jedoch die marokkanischen Handel als störend empfunden zu werden; denn worauf könnte man sonst das absolute Schweigen der deutschen Reichsregierung über das allerdings mit einem bösen Omen für uns behaftete Marokko zurückführen. Doch sei dem, wie ihm wolle. Die unabhängige nationale deutsche Presse muß dafür umso lauter ihre Stimme erheben und die Frage stellen: Wo bleibt die deutsche Vertretung in Marokko?“ Hier handelt es sich um deutsche Lebensinteressen, denn Casablanca liegt an der Westküste Marokkos am atlantischen Ozean, dort, wo wir vor allem unseren Einfluß geltend machen wollen, während die Nordküste am Mittelmeer und die an Ägypten grenzende Ostgrenze naturgemäß mehr dem französischen Einfluß unter-liegt und ihm auch überlassen werden soll. Trotz dieser von uns schon verschiedentlich vertretenen und fast allgemein anerkannten Lage der Verhältnisse hört man nichts von deutschen Plänen gegenüber dem französischen Vorgehen. Nun denn: mit Rücksicht darauf, daß auch dieser letzte Zwischenfall lediglich auf französische Schuld zurückzuführen ist, auf die noch immer nicht zu Recht, aber in der Tat bestehende Besetzung Uagadas und die Vornahme französischer Bau-bauten vor Errichtung einer ordentlichen Polizei, also mit Rücksicht auf diese Schuld Frankreichs verlangen wir, daß, um dem französischen Druck ein volkwichtiges Gegenstück zu geben, umgehend an der atlantischen Küste Marokkos deutsche Truppen zur Wahrung deutscher Interessen gelandet werden. Denn man wird uns wohl nicht einreden wollen, daß sie allein durch französische Truppen wahrgenommen werden, während wir uns viel von einem Zusammenarbeiten deutscher und französischer Soldaten im Interesse „des europäischen Gleichgewichts“ in Marokko ver-sprechen.“

In der Redaktion des patriotischen Blattes scheint tatsächlich die Augusthüte bereits arge Verwüstungen angerichtet zu haben. —

Das System der schwarzen Listen.

Aus Köln wird uns geschrieben:
Wie sich aus einem uns vorliegenden vertraulichen Rund-schreiben des Arbeitgeberverbandes zu Köln ergibt, verfährt man die schwarzen Listen der deutschen Arbeitgeberverbände sogar schon, wenn die Arbeiter die Kündigung einreichen; man wartet gar nicht erst, bis sie wirklich in den Streik eintreten. Das

Schreiben, das aus den letztvergangenen Tagen stammt und als „Aundtschreiben Nr. 75“ bezeichnet ist, ist unterschrieben von dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes in Köln, Dr. Hornung, und hat folgenden Inhalt:

„Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände teilt uns mit, daß bei den Mitgliedern der Klempner- und Tischlereimeister-Vereinigung von Dortmund seit zwei Monaten ein Streik besteht. Die Vereinigung gehört dem Arbeitgeberbund für das Bauwesen in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, Essen-Mühe, und damit dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände an, mit welchem letzterem die Hauptstelle einen Kartellvertrag abgeschlossen hat. Wir erlauben daher unsere geehrten Mitglieder, die streikenden Arbeiter nicht in ihre Betriebe aufzunehmen bezw. bereits aufgenommenene wieder entlassen zu wollen.“

Ferner benachrichtigt uns die Hauptstelle, daß I. bei der Firma Gebrüder Sulzer, Ludwigshafen a. Rh., die in Liste 73 aufgeführten Gewerkschaften am 15. Juli wegen Verweigerung unerfüllbarer Forderungen die Kündigung eingereicht haben;

2. bei der Firma Süddeutsche Drahtindustrie, A.-G., Mannheim-Waldhof, die in Liste 74 bezeichneten Drahtzieher in einen unberechtigten Streik getreten sind. Wir erlauben unsere geehrten Mitglieder, auch diese Leute nicht in ihren Betrieben einzustellen.“

Alle Arbeiter, die sich nicht widerstandslos ausbeuten lassen, sollen also durch den Hunger ins Joch zurückgetrieben werden — so will es das brutale Scharfmachertum. Und kein Staatsanwalt findet sich, der die kaiserliche Drohung: „Schwerste Strafe dem, der einen anderen an freiwilliger Arbeit hindert!“ ernst nimmt. — Allerdings werden die schwarzen Listen angefertigt der immer mehr anwachsenden Klassen der organisierten Arbeiter täglich wirkungslos. —

Zur Peters-Verleumdung.

Zu Ehren von Dr. Peters, der zum Besuche eines Freundes in Witten weilte, fand, wie die „M.-Westf. Ztg.“ schreibt, am Sonnabend ein Festessen statt, an dem ungefähr 120 Personen teilnahmen. Dr. Peters teilte bei dieser Gelegenheit mit, dieselbe Quelle, die ihn Material angeboten habe, um „seine Gegner zu zerschmettern“, erzeuge ihn jetzt mit einem Expreßbrief, in welchem droht, daß, wenn er nicht innerhalb acht Tagen 10 000 M. bezahle, Material veröffentlicht würde, das Dr. Peters „in sein Nichts zurückstuden müsse“. Dr. Peters bemerkte, er habe seinem Rechtsbeistand, Dr. Wilhelm Rosenthal in München, den Brief zugesandt zur gerichtlichen Verfolgung in dem Augenblick, da die betreffende Persönlichkeit, d. h. der vielgenannte Herr Giesebrecht, sich in den Bereich der deutschen Staatsanwaltschaft begeben werde.

Erst verkündete die Peters-Clique, ihr Feld lasse den Giesebrecht kommen, um ihn als Kronzeugen gegen seine Anschuldiger aufmarschieren zu lassen; nun auf einmal ist der Peterssche Kronzeuge wieder ein Expreß, der sich nicht sehen lassen darf! —

Agrarisch-reaktionäre Einwanderungspolitik.

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland beschäftigen alljährlich tausende und aber tausende galizischer Arbeiter und Arbeiterinnen. Amtlicherseits ist dieser Beschäftigung nie irgend ein Hindernis in den Weg gelegt worden. Eigentümlich mutet es an, daß nun, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Schlesien berichtet wird, auf behördliche Anordnung alle nicht landwirtschaftlichen Betriebe erst einen Nachweis darüber erbringen müssen, daß die von ihnen beschäftigten Ausländer „politisch bedenkensfrei“ sind oder daß sie trotz aller angewandten Mühe keine politische bedenkensfreie Ausländer erhalten konnten. Politisch bedenkensfreie Ausländer sind nach Ansicht und Anordnung der deutschen Behörden nur Russen und Italiener.“

Galizier sind nur dann nicht staatsgefährlich, wenn sie als landwirtschaftliche Arbeiter tätig sind. Zu einigem Nachdenken dürften die ausländischen Arbeiter freilich bald kommen, wenn sie erfahren, daß sie als Landproleten willkommen sind, als Industriearbeiter aber hinausgeworfen werden. Und mit dem Einblauen dieser Erkenntnis dürfte der Zweck der behördlichen Gefinnungsriechelei erfüllt sein. —

Dattelkissenphantasie.

Die orientalische Phantasie Bernburgs scheint sich unter dem Einfluß der Tropenzone recht schön zu entwickeln. Er hat von Dor-es-Salam folgendes Huldigungstelegramm an den Kaiser gerichtet:

„Euer Majestät Untertanen aller Berufsstände, beim Gouverneur versammelt, huldigen Eurer Majestät mit dem Gelübde unverdrüßlicher Treue. Wäver deutscher Arbeit wird es gelingen, die reichen Schätze dieses herrlichen Landes zu heben und unter dem mächtvollen Schutze Eurer Majestät ein überseeisches Reich zu entwickeln, würdig des deutschen Namens.“ —

Pfarrer Gaisert.

Aus Glandelwangen kommt die Nachricht, daß Pfarrer Gaisert begnadigt und aus dem Freiburger Landesgefängnis entlassen worden ist, doch wird Pfarrer Gaisert nicht mehr auf seine Pfarrei nach Glandelwangen zurückkehren. Das Drama von Glandelwangen ist damit zu Ende. Gaisert wurde am 20. Januar 1906 verhaftet und am 18. März vor der Strafkammer in Waldshut von der Anklage des Meineides freigesprochen. Auf ergangene Revision der Staatsanwaltschaft wurde jedoch das Waldshuter freisprechende Urteil vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Freiburg verwiesen. Die Strafkammer Freiburg hat Pfarrer Gaisert des Meineides schuldig erkannt und zu der geringst zulässigen Strafe von einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Anfangs März wurde der Verurteilte vom Großherzog zu sechs Monaten Gefängnis begnadigt, und am 16. März hat Gaisert seine Strafe im Freiburger Landesgefängnis angetreten. Am 1. August erfolgte die Entlassung, jedoch er im ganzen 4 1/2 Monate von der Strafe abgesehen hat.

Frankreich.

Die Generalratswahlen.

Paris, 5. August. (Fig. Ver.)

Die Stichwahlen haben den geeinigten Sozialisten weitere Erfolge gebracht. Hervorzuheben ist die Wahl des Genossen Desobry in Lille. In Roubaix siegte dagegen der Reaktionär Motte mit Hilfe der Radikalen. Bedeutendste Wahl ist die Wahl des Genossen Patouillard im Kanton von Chambon im Loire-Departement, der Domäne Briands, dessen Gefolgsmann Charpentier allerdings in St. Etienne durchdrang. — Das Gesamtergebnis des gestrigen Wahltages entspricht dem der Hauptwahl. Die Linkerepublikaner haben neuerlich Mandate gewonnen, weniger weil sie die fortschrittliche Politik, als weil sie die herrschende repräsentieren.

Aus der Rede eines „Staatsmannes“.

Paris, 5. August. (Fig. Ver.)

Darum erkennt man ein freies Land: daß alle Bürger das Recht haben, ein Ideal zu besitzen und sei es das weitgehendste, und daß sie es jederzeit bekämpfen und verwirklichen dürfen. Aber die Freiheit ist kein Freibrief. ... In diesem Land, wo man sich leicht an Worten verläßt, glaubt einer, der bestige Reden hält, seine Projekte verwirklichen zu können. Man nennt ihn dann mutig, fortgeschritten. Ohne Festigkeit würde er ein einfacher Bürger bleiben. An dem Tage, wo er drohend

wird, ist er der Feind jeder demokratischen Reform. In einer Republik bedarf es immer der Ordnung, der Disziplin. ...

Dieses sind die wichtigsten Sätze der Rede, die Herr — Briand, der Expropagandist des revolutionären Generalstreiks, gestern in Besangon in der Schluß Sitzung der Jahresversammlung des Lehrerverbandes gehalten hat.

Marokko.

Neue Kurnen in Casablanca.

Aus Casablanca werden neue Gewalttaten der Kabysen gemeldet. Nach Briefnachrichten haben die Kabysen die Stadt angegriffen, worauf die marokkanischen Behörden von dem französischen Kreuzer „Galilée“ Hilfe erbat. Dieser landete darauf 90 und ein spanischer Kreuzer 40 Mann. Als diese an Land gingen, wurden sie von den Kabysen beschossen, wodurch sechs französische Seeleute und ein Offizier verwundet wurden. Nachdem die Kabysen zurückgedrängt worden waren, wurden Wachen von dem französischen und spanischen Kreuzer vor die Konsulatsgebäude gestellt. Der Galilée begann darauf den marokkanischen Stadtteil und die Umgebung der Stadt zu beschleichen.

Auch in anderen Ortschaften der Nordwestküste Marokkos ist die Lage recht ernst. In der Umgebung der Stadt hat z. B. der Stamm der Ojer eine drohende Haltung eingenommen. Die Franzosen verlangen Entsendung eines Kreuzers. Andernfalls werden sie die Stadt verlassen, die von einer ganz geringen Anzahl Truppen bewacht wird.

Tanger, 5. August. (Meldung der Agenzia Stefani.) Der italienische Gesandte erhielt von seiner Regierung die Weisung, an den marokkanischen Bevollmächtigten für die auswärtigen Angelegenheiten das formelle Verlangen zu richten, daß die scharifische Regierung für die in Casablanca erfolgte Ermordung dreier italienischer Arbeiter und die Verwundung eines vierten die gebührende Genugtuung gebe, insbesondere die Schuldigen bestrafe und ferner eine angemessene Entschädigung für den Verwundeten und die Familien der Getöteten leiste.

Paris, 5. August. Die Truppen, welche unter Führung des Generals Druce nach Casablanca geschickt werden, umfassen zwei Bataillone algerischer Soldaten aus Blidah und Postagaram, ein Bataillon der Fremdenlegion aus Sidi Bel Abbas, zusammen 2400 Mann Infanterie; ferner eine schwache Abteilung Kavallerie und 300 Reiter, die den Chasseurs d'Afrique aus Blidah und den Spahis aus Amalae entnommen sind. Die Truppen werden in zwei Staffeln eingeschifft werden, die erste Staffel in Oran auf Kreuzern, die zweite in Algier auf der Rive. —

Die Konföderation der Arbeit und die Partei.

Rom, den 4. August.

Am 30. Juli hat der Ausschuss der Konföderation der Arbeit in Turin eine Sitzung abgehalten, bei der alle Mitglieder sich mehr oder weniger scharf gegen die Haltung der italienischen Partei bei Streiks und anderen wirtschaftlichen Kämpfen wandten. Die mehr als halbenstündige Tagesordnung, in der dieser Mißbilligung Ausdruck gegeben wurde, beginnt damit, hervorzuheben, daß zwischen der Konföderation der Arbeit und der sozialistischen Partei immer freundschaftliche Beziehungen bestehen sollten, da die Partei die politische Organisation sei, deren sich die Gewerkschaften zur Verwirklichung ihres Programms bedienen müssen. Ferner betont die Tagesordnung die Notwendigkeit, daß politische und wirtschaftliche Organisation getrennt bleiben, was sich schon aus dem Umstande ergibt, daß die Partei als Mitglieder nur die anerkennt, die ihr Programm annehmen, während die Konföderation allen Arbeitern ohne Ansehen der politischen Überzeugung offen steht. Dann erklärt das Exekutivkomitee, die Partei aufzufordern zu einer einheitlichen Aktion, die den Bedürfnissen der Gewerkschaften besser entspricht als die bisherige. Es werden als Mißstände hervorgehoben: daß die drei Organe der Partei (Vorstand, „Avanti“ und Parlamentsfraktion) einseitig unzulänglich, teils unkoordinierte Aktion entfalten. Bei Streiks läme es zu keinem Einvernehmen zwischen Konföderation und Partei, was zu größter Konfusion Anlaß gebe. Gewisse Streiks, die die Konföderation mißbilligt, würden aus politischen Gründen von der Partei unterstützt. Der „Avanti“ folge nicht den Zeitungen, von denen die Konföderation ausgeht, weder in seiner Agitation für die wirtschaftliche Organisation noch in seiner Beurteilung der Streiks. Außerdem fehle es an einem Ausschuss der Parlamentsfraktion, so daß es unmöglich sei, mit ihr beständig in Fühlung zu bleiben.

Zur Abstellung dieser Mißstände macht die Tagesordnung die folgenden Vorschläge: Die Leitung der Streiks und sonstigen wirtschaftlichen Bewegungen ist der Konföderation zu überlassen, während die Partei sich der politischen Bewegungen anzuschließen hat. Der „Avanti“ hat sich Berichterstatter und Redakteure zu verschaffen, die eine geeignete Agitation für die Politik und Taktik der konföderierten Gewerkschaften entfalten, vor allem zu dem Zweck, den sozialistischen Geist der Organisationen zu belämpfen und die Richtigkeit der zentralistischen Organisation dazutun. Die Parlamentsfraktion soll einen Sekretär ernennen, mit dem die Konföderation beständig in Fühlung bleiben kann. Der Parteivorstand soll sein ganzes wirtschaftliches Programm, besonders in bezug auf die Propaganda in Süd-Italien, nach den Leitungen der Konföderation entfalten. Schließlich erinnert die Tagesordnung an die Bestimmung des Organisationsstatus, damit sich nicht der in einigen Orten eingeriffene Mißbrauch wiederhole, daß die Gewerkschaften als solche den Parteifunktionen beitreten.

Diese Tagesordnung, die wir wortgetreu wiedergegeben haben, beleuchtet mit einem Schlage die Parteisituation in Italien. Es mag dem ferner Stehenden befremdend erscheinen, daß die noch nicht seit Jahresfrist existierende Konföderation der Arbeit der Partei in dieser Weise Vorhaltungen macht. In Wirklichkeit ist es eine logische Folge der auf dem Parteitage in Rom geschaffenen Situation. In Rom sind die Reformisten mit Einschluß der extremen Rechten Sieger geblieben, ohne daß die politische Situation des Landes ihnen bis jetzt Gelegenheit gegeben hätte, den Teil ihres Programms, der in der Zusammenarbeit mit den liberalen Parteien des Bürgerturns besteht, zu verwirklichen. Sie haben keine konkreten Folgen ihres Sieges gesehen, wenn man von der Modifikation der Schriftleitung des „Avanti“ absieht, in der eine Umwandlung in reformistischen Sinne erfolgte. Was ist nun begrifflicher, als daß die Reformisten, die der Aktion der Gewerkschaften und deren Errungenschaften eine so überragende Bedeutung beimessen, sich bestreben, die Partei in den Dienst der gewerkschaftlichen Interessen zu stellen und wenigstens diesen Teil ihres Sonderprogramms zu verwirklichen?

Für die Mehrheit der italienischen Reformisten liegt in den Verbesserungen, die die Gewerkschaften erringen, der wichtigste Teil des praktischen Sozialismus. Sie haben das in den letzten, als noch der Kampf der Tendenzen mit sauberen Scheidungen geführt wurde, offen angegriffen und die Länge ihres Spottes über die ausgegossen, die auch die Verbreitung sozialistischer Grundzüge unter dem Proletariat für notwendig erachteten. Hier ist der Berührungspunkt zwischen Syndikalismus und Reformismus, auf den wir so oft hingewiesen haben. Beide sehen nicht

neben dem Kur-Gewerkschaftertum. Die Syndikalisten, die Ideologen sind, glauben, in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ein revolutionäres Element zu haben, während die Reformisten, als alte Empiriker, sehr wohl wissen, daß die von jeder prinzipiellen Propaganda verflachte Arbeiterschaft den sofortigen Verbesserungen ihrer Lage den größten ausschlaggebenden Wert beilegt. Aber Syndikalisten sowohl als Reformisten streben danach, die Parteibewegung der Gewerkschaftsbewegung unterzuordnen.

Die Konföderation der Arbeit, in deren Ausschuss bis auf Quaglino nur Reformisten sitzen, verliert nun ihrerseits, ihre Vorrangstellung geltend zu machen. Sie spricht also der Partei das Recht ab, sich in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft zu mischen, beansprucht aber ihrerseits das Recht, der Partei Vorschriften zu machen. So fordert sie z. B. die Partei auf, sie solle ihr wirtschaftliches Programm, besonders in Süditalien, nach den Zeitungen der Konföderation entfalten. Das heißt zu deutsch: die Partei soll das Geld für die Propaganda im Süden liefern und die Konföderation wird die Propagandaaktion leiten. Bekanntlich hat auch die italienische Partei einen besonderen Agitator für die wirtschaftlichen Kämpfe, den sie aus ihrer Kasse honoriert. Gegen diese Einrichtung hat die Konföderation nichts einzuwenden, aber sie will sie ganz ihrem Ausschuss unterworfen sehen. Das läuft direkt auf ein Abhängigkeitsverhältnis der Partei gegenüber den Gewerkschaften hinaus.

Auch will man dem „Avanti“ verwehren, sein Urteil über Streikbewegungen zu äußern. Ja, ist denn der „Avanti“ das Organ der Konföderation der Arbeit? Man sollte ihm doch wohl das Recht lassen, alle Erscheinungen, auch die Kämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, vom sozialistischen Standpunkt zu bewerten. Die Einseitigkeit in der Arbeiterpresse, die gewiß wünschenswert ist, wird aber dadurch erzielt, daß auf Grund gleicher prinzipieller Voraussetzungen geurteilt wird, nicht aber, indem die Gewerkschaften das Monopol für die Beurteilung wirtschaftlicher Kämpfe haben. Soll der „Avanti“ künftighin vielleicht mit der Beurteilung eines Streikes warten, bis die Konföderation der Arbeiter ihre Parole ausgegeben hat? Wir zweifeln nicht, daß er auch hierzu bereit sein wird, glauben aber, daß dies Verhalten nicht der Würde unserer Presse entspricht.

Gewiß ist es wünschenswert, daß die heutige Steuerlosigkeit aus der Parteipresse, namentlich aus dem Zentralorgan, verschwindet, aber dazu scheint uns eine gründliche Durchbildung der Redakteure und Korrespondenten zweckmäßiger, als die Anerkennung der Konföderation als Obergewaltigkeitsbehörde. Die Parteifunktionen sollen ihre Klagen über den „Avanti“ vorbringen; sie, nicht die Gewerkschaften, sind dazu kompetent.

Das harmonische Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaft ist sicher in keinem Lande leicht zu erzielen, auch wenn die gegenseitigen Zuständigkeitsbereiche schärfer begrenzt sind, als das in Italien der Fall ist. Hierzulande mag die Partei manches verfahren haben, so daß für die Konföderation Grund zur Klage vorliegt. Doch sie diese in der Form der wiedergegebenen Tagesordnung vorbringt, beweist aber, daß die Reformisten es sich nicht länger verwehren können, gewisse Herrscherskizzen anzunehmen. Die kleine revolutionäre Fraktion der Partei hat keinen Grund, sich über diesen Szenenwechsel zu beklagen. Ein Reformismus, der wieder ehrlich sagt, was er meint, ist sehr viel weniger zu fürchten, als das schwammige konturlose Gebilde, das im Zeichen des Interpretismus entstanden ist. Wir dem auf die Gewerkschaften als auf die wesentlichen Träger des praktischen Sozialismus gestützten Reformismus hat sich die italienische Partei schon einmal auseinander gesetzt. Sie wird das auch mit den Reformisten vom Ausschuss der Konföderation der Arbeit fertig bringen.

Aus der Partei.

Zum internationalen Kongress.

Am Sonnabend, den 17. August, vormittags 9 Uhr, findet im Konzertsaal der Liederhalle in Stuttgart eine Sitzung der deutschen Delegation statt. Die Sitzung hat eine wichtige Tagesordnung. Es ist deshalb nötig, daß die Delegierten der Partei und der Gewerkschaften am Sonnabend früh bereits in Stuttgart pünktlich zur Stelle sind. — Die Parteiblätter werden um Nachdruck gebeten.

Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Jerichow I und II hielt am Sonntag in Burg bei Magdeburg seine Generalversammlung ab. Dem Rechnungsbildbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Verein 1200 Mitglieder zählt. Die Magdeburger „Volkstimme“ hat 1500 Abonnenten in Kreis, darunter 1047 allein in Burg. Einer Einnahme von 5072 M. stand eine Ausgabe von 7881 M. gegenüber. Die Reichstagswahl in dem ausgedehnten ländlichen Kreise mit seinen 203 Ortschaften verursachte 5200 M. Kosten. Der Vorsitzende, Genosse Stolberg, ging in seinen Ausführungen auch noch einmal kurz auf die Reichstagswahl ein. Bei der Stichwahl wurde bekanntlich durch die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten die Niederlage des freisinnigen Herrn Werten gegenüber dem konservativen Kandidaten verursacht. Bei der unanständigen Kompensweise des Herrn Werten hätte die Selbstachtung erfordert, daß die Sozialdemokraten Stimmenthaltung äßen. Die Generalversammlung beschloß eine Beitragserhöhung von 25 auf 40 Pf. monatlich. Der Agitationskalender soll in 15 000 Exemplaren verbreitet werden. Als Reichstagskandidat wurde wieder Genosse Haupt, Magdeburg aufgestellt. Ihm wurde auch die Delegation zum Essener Parteitag übertragen. Zum Preudentag wurde Genosse Stolberg als Delegierter gewählt.

Landesparteitag der Sozialdemokratie des Herzogtums Altenburg.

Am Sonnabend und Sonntag fand im Gasthaus „Zum Martinsgrund“ in Gera die diesjährige Landeskonferenz des altenburgischen Wahlkreises statt. Die dortigen Parteigenossen müssen außer Landes gehen, weil im Herzogtum selbst Sonntag erst von 3 Uhr nachmittags ab getagt werden darf. Es waren 59 Delegierte außer dem Landesvorstand erschienen. Zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht nahm der Landesvorsitzende Genosse Kemmele das Wort. Daraus ist hervorzuheben, daß die Wahlrechtsbewegung ihren Fortgang genommen hat. Dem Staatsministerium und Landtag wurde eine Petition auf Abänderung des Wahlrechts eingereicht, die mit 22 000 Unterschriften unterzeichnet war. Sie wurde natürlich abgelehnt.

Weiter wurde eine Resolution des vorjährigen Parteitages, die Verwaltungs- und Polizeigenossen betreffend eingereicht, die als nicht stichhaltig bezeichnet wurde.

Flugblätter über die neuen Steuern, die Fleischnot, Heimarbeiterschutz usw. wurden in Auflagen von je 6 000 verbreitet. Außerdem für die Landbevölkerung ein Agitationskalender. Neue Parteivereine wurden im Berichtsjahre an 6 Orten gegründet. Die Zahl der organisierten Genossen des Wahlkreises ist von 3340 auf 4300 gestiegen.

Die Reichstagswahl hat leider einen Sieg nicht gebracht. Aber die Stimmengahl ist doch von 17 800 auf 20 000 gestiegen. Den Rationierungen des Reichstagenverbandes gelang es indes, 22 000 Stimmen in der Stichwahl auf den reaktionären Reichsparteiführer Schmidt zu vereinigen, was dadurch möglich wurde, daß die Freisinnigen samt und sonders in das reaktionäre Lager übergeschwenkt sind.

Einem besseren Erfolg brachten die Landtagswahlen. Es gelang, den Beschlüssen an Mandaten zu behaupten und die Stimmenzahl zu vergrößern.

Zu dem gedruckt vorliegenden Bericht des Parteisekretariats haben der Parteisekretär Genosse Leber, Jena das Wort. Von den Parteigenossen der Stadt Altenburg liegt ein Antrag vor, vom Parteisekretariat Jena zurückzutreten. Genosse Leber erklärt, daß er wohl anerkenne, wenn die Genossen dem Parteisekretariat, das für die vier Wahlkreise Altenburg, Gera, Greiz und Jena-Neustadt gegründet wurde, keinen Geschmack abgewinnen können, weil das Tätigkeitsfeld ein zu ausgebreitetes ist.

Wiesel-Altenburg begründet den von den dortigen Genossen gestellten Antrag. Er zollt der Tätigkeit des Genossen Leber seine vollste Anerkennung und erklärt ihn sogar für überflüssig, aber die Altenburger Parteigenossen hätten lediglich den Antrag eingebracht, weil ihnen die letzte Reichstagswahl gezeigt habe, daß das Sekretariat für den Wahlkreis Altenburg unzulänglich sei. — Ueber diesen Punkt entspinnt sich eine längere Debatte, die mitunter sehr heftig wurde. Genosse Leber erklärte den Antrag Altenburg für eine Ueberrumpelung. Striße-Altenburg behauptet, daß die Anregung zur Gründung des Sekretariats von Neuj. J. L. ausgegangen sei. Kemmle-Altenburg verteidigt die Ansichten der Altenburger Genossen gegen die Angriffe des Parteisekretärs und beantragt die Beschlußfassung über den Antrag Altenburg bis nach Erledigung des Punktes 5 der Tagesordnung auszuschieben. Man beschloß demgemäß.

Den Kassenbericht erstattete Genosse Spengler-Altenburg. Einer Gesamteinnahme von 10 655,21 M. steht eine Ausgabe von 12 985 M. gegenüber. Das Defizit ist auf das Konto der Reichs- und Landtagswahl zu setzen. Ihm wurde Decharge erteilt.

Genosse Kappeler erstattete dann den Bericht der Landtagsfraktion, zu dem eine Resolution angenommen wurde, die gegen das Scheinwahlrecht der Arbeiterklasse im Herzogtum Anhalt protestiert und das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht fordert. Zur Erläuterung desselben sei eine unablässige Agitation zu entfalten.

Ueber den Stand des Parteiorgans referierte Genosse Striße. Die „Altenburger Volkszeitung“ verfügt gegenwärtig über einen Abonnentenstand von 8000. Einer Einnahme von 84 000 M. steht eine Ausgabe von 80 630 M. gegenüber. Die Mehrbelastung durch Erhöhung des Buchdruckertarifes beträgt etwa 3500 M. Die Inserateneinteilung soll künftig sechsspaltig erfolgen.

Ein Antrag Neufelwit, den Abonnementspreis von 70 auf 60 Pf. herabzusetzen, wurde abgelehnt, desgleichen ein Antrag Schmölln, Inserate nur von solchen Lokalen aufzunehmen, die der Partei zur Verfügung stehen.

Wiesel-Altenburg erörterte dann die Frage der eigenen Drucklegung des Blattes in Altenburg.

Genosse Seyffert-Leipzig betont, daß ohne Rotationsmaschine das Blatt kaum hergestellt werden könnte und übrigens sei der Nutzen, den die Leipziger Druderei aus dem Druck der „Altenburger Volkszeitung“ ziehe, ein sehr minimaler. Ueber den Punkt wird vorläufig zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgte sodann ein Referat über die letzten Reichs- und Landtagswahlen und Förderung der Bildungsbestrebungen. Dazu liegen mehrere Anträge vor.

Es entspann sich eine sehr lebhaft debattierte, in die auch der Parteisekretär Genosse Leber mehrmals eingriff. Vom Genossen Kappeler wurde namentlich die Abstimmung über die Anträge beantragt. Diefelbe ergab Annahme derselben mit 53 gegen 10 Stimmen.

Für Auflösung vom Parteisekretariat stimmten 26, dagegen 19 Genossen.

Zu dem internationalen Kongress in Stuttgart wird Genosse Buchwald, zum Essener Parteitag Genosse Kerschmer-Eisenberg delegiert.

In den Landesvorstand werden die Genossen Kemmle, Striße und Spengler wiedergewählt.

An den deutschen Parteitag wird ein Antrag auf Einführung einer einheitlichen Beitragsmarke und eine Resolution die Bestrebungen der lokalistischen Vereinigungen betreffend gerichtet.

Nach einem Resümee schloß der Vorsitzende Horn den Parteitag mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie Sonntagabend 6 Uhr.

Koburg. Am Sonntag, den 28. Juli, fand in Koburg die diesjährige Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei für den Reichstagswahlkreis Koburg statt. Anwesend waren aus 12 Orten 42 Delegierte. — Aus dem Berichte des Vorstandes ist zu entnehmen, daß im letzten Jahre die Organisation erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Besonders stieg die Zahl der politisch organisierten Frauen in Koburg und Neustadt in durchaus befriedigender Weise. — Die letzte Reichstagswahl brachte eine äußerst lebhaft Agitation in den Kreis. Eine besondere Wählerzeitung wurde herausgegeben und in neun Nummern in gegen 125 000 Exemplaren verbreitet. In 30 Orten fanden 57 Wahlversammlungen statt. In diese Stimmenszahl stieg um über 800. — Der Bericht des Kassierers verzeichnete für den Wahlfonds eine Einnahme von 2951,21 M. und eine Ausgabe von 2953,60 M. — Ueber die Wahl und unsere zukünftige Agitation sprach unter wiederholtem Beifall der Anwesenden der Kandidat des Kreises, Genosse Fritsch-Charlottenburg. Für die nächste Wahl wurde Genosse Fritsch einstimmig wieder als Kandidat aufgestellt. — Zum internationalen Kongress in Stuttgart übertrug man die Vertretung dem Genossen Wandert-Weimar, während für den Parteitag in Essen Genosse Fritsch als Delegierter gewählt wurde.

Gewerkschaftliches.

Was der Landrat darf!

Beim Streik der schlesischen Granitarbeiter wurde vom Zentralverband der Steinarbeiter das Landratsamt Strehlen um Vermittelung angerufen. Zu den Verhandlungen, die eingeleitet worden waren (am 5. Juni), wurde aber kein Vorstandsmitglied des Verbandes eingeladen. Genosse Staudinger, Redakteur des „Steinarbeiter“, begab sich zum Landrat und fragte ihn, weshalb denn zu den Verhandlungen kein Vertreter des Zentralverbandes hinzugezogen werden solle. Darauf erklärte der Landrat, daß er an Stelle des Unternehmers Schall keinen Tarif abschließen würde. Die Arbeiter würden ja „angemessen“ bezahlt. Ueberdies erscheine ihm — dem Landrat — die Tätigkeit Staudingers völlig überflüssig. Wie komme St. dazu, sich in die Arbeitsverhältnisse der Schall'schen Arbeiter einzumengen? Und als nun der Landrat die Kommissionsmitglieder in das Sitzungszimmer rief, meinte er zum Genossen Staudinger: „Sie beeinflussen die Arbeiter im ungünstigsten Sinne und überdies besteht Ihre Tätigkeit bloß im Gehen.“ Auf die gegen diese Äußerungen des Herrn Landrates eingelegte Beschwerde ist nun dem Genossen folgende Antwort des Regierungspräsidenten zu Dresden am 2. August zugegangen:

J. A. II. 1502.

Auf Ihre Beschwerde gegen den Herrn Landrat des Kreises Strehlen erwidere ich Ihnen, daß nach den angestellten Ermittlungen kein Grund vorliegt, gegen den Landrat von Aussichtswegen vorzugehen. Dem Landrat hat bei der in Gegenwart der drei Kommissionsmitglieder ausgesprochenen Äußerung, daß Sie die Arbeiter im ungünstigen Sinne beeinflussen und Ihre

Tätigkeit im Gehen besteht —, jede beleidigende Absicht fernzulegen. Durch die von ihm angeforderte Ermittlung war für ihn festgestellt, daß Ihre Tätigkeit keine der Verlegung des Streikes günstige war und war es nur seine Aufsicht, Ihre Tätigkeit den Mitgliedern der Lohnkommission gegenüber zu charakterisieren. Die Form, in welcher dies geschah, ist zwar scharf, den Tatsachen gegenüber aber als nicht beleidigend zu bezeichnen.

J. B. Quitmann.

Wfo: Der Vorstand ersucht um Verhandlungen, um den Streik eventuell beizulegen! Sein Ersuchen beim Landrat hat den Erfolg, daß es zu Verhandlungen tatsächlich kommt. Und als derselbe Vorstandsvertreter zu den von ihm veranlaßten Verständigungsverhandlungen zugelassen werden will, wird er in Gegenwart seiner Verbandskollegen vom Landrat brüskiert und als Heher bezeichnet. Der Regierungspräsident aber hält diese Charakterisierung desjenigen, der die Verhandlungen veranlaßt hat, zwar für scharf, aber den „Tatsachen entsprechend“, das heißt: Der Landrat wird zwar nicht reflektiert, dafür wiederholt der Regierungspräsident diese Beleidigung. Daß sich Genosse Staudinger mit dieser Antwort nicht zufrieden gibt, ist selbstverständlich. Nunmehr hat der Oberpräsident das Wort über die „Heher“, die verhandeln wollen.

Berlin und Umgegend.

Die Betriebshilfsarbeiter in der Metallindustrie haben, so weit sie im Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter organisiert sind, seit einiger Zeit schon eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen angestrebt. Am letzten Sonntag hielten sie zur Besprechung ihrer Angelegenheiten eine Versammlung im „Ewinemünder Gesellschaftshaus“ ab. Sie haben eine zehnstündige Arbeitszeit und wünschen einen Anfangslohn von 40 Pf. die Stunde, steigend bis 52 Pf. resp. 56 Pf. nach mehrjähriger Tätigkeit. Bei verschiedenen Direktionen großer Werke erwarten die Arbeiter Verständnis für ihre Forderungen und Entgegenkommen zu finden.

Deutsches Reich.

Das Ende der Bergarbeiterbewegung im Revier Zwickau.

Als feinerzeit der Verein für bergbauliche Interessen strikte abgelehnt hatte, mit der Organisation oder aber der allgemeinen Revierlohnkommission über die besprochenen Forderungen der Bergarbeiter zu verhandeln und im übrigen auf die von ihm aber teils gemäßigten Arbeiterausschüsse verwies, hatten die Vergleute die Kreishauptmannschaft Zwickau sowie das Bergamt zur Vermittlung angerufen. Beide lehnten ab, und zwar unter Motiven, wie sie eben nur von sächsischen Behörden zutage gefördert werden können. Das Bergamt war von jeher für Lohnbewegungen der Bergarbeiter und für deren Organisation nicht besonders eingenommen, aber von der Kreishauptmannschaft hätte man doch mindestens einen anderen, weniger voreingenommenen Standpunkt erwarten dürfen. Daß das nicht der Fall, kennzeichnet das ganze System in Sachsen, wo die Regierungsinstanzen vor den kapitalistischen Machtgruppen mutig zurückweichen. Die Kreishauptmannschaft bedauert nach einem großen Aufwand von einleitenden Redefloskeln, daß sie den von der Kommission bezeichneten Weg der friedlichen Verständigung, unter Beihilfe der genannten Behörden, nicht als gangbar ansehen könne. Sie verweist auf die „geschlichen Vertretungen“, die Arbeiterausschüsse, deren Tätigkeit in der Lohnbewegung vielfach lahmgelegt wurde, durch die Maßregelungen, dem jeder Delegationsvertreter ausgesetzt war, wenn er die Interessen seiner Kameraden ernsthaft zu wahren bestrebt war. Auch sei die einheitliche Regulierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Revier Zwickau bei deren Verschiedenartigkeit wohl kaum möglich. Die Kreishauptmannschaft vermag dann die Revierkommission als nur von 1200 bzw. 3000 Personen — bei einer Gesamtdelegatschaft von 12 000 — gewählt, als Vertretung der Bergarbeiter nicht anzusehen, kann aber auch nicht garantieren, daß die seitens der Bergarbeiter für die Revierkommission eventuell schriftlich abgegebene Vollmacht irgendwelche Maßregelungen nicht nach sich ziehen werde. Auch der bergbauliche Verein hat ihr noch einmal betont, daß er mit der Lohnkommission der Bergarbeiter über deren Forderungen nicht verhandele — und was der bergbauliche Unternehmerverein sagt, ist für die königl. sächsische Behörde ausschlaggebend. Man wird sich im Interesse der Vergleute nicht um Mittel schlagen, sondern zunächst dafür sorgen, „daß der Schornstein raucht“ für die — Unternehmer.

Aus dieser Haltung der Behörden ergab sich die Unmöglichkeit einer friedlichen Verständigung. Da aber eine Reihe tatsächlicher Ermüdungen zurzeit gegen den Kampf sprachen, mußte die Leitung der Organisation die vorläufige Beendigung der Lohnbewegung empfehlen. Bei günstiger Gelegenheit soll aber der Kampf in verschärfter Form wieder aufgenommen und zur endgültigen Durchführung gebracht werden. Die über das Revier Zwickau verhängte Sperre bleibt bestehen.

Das letzte Wort in der sächsischen Bergarbeiterbewegung ist damit noch nicht gesprochen und bei Beratung der Berggesinnovelle im sächsischen Landtage dürfte der Bevölkerung im Lande draußen einmal klar gemacht werden, was das Grubenkapital und die Regierung seit langen Jahren an den Bergarbeitern und dem Volke im allgemeinen verbrochen.

Aus dem Aussperrungsgebiet Gleichen.

Schon die neunte Woche tobt der Kampf der reichen Viehener Zigarrenfabrikanten gegen die armen Tabakarbeiter. Heldenmützig verteidigen diese ihr Koalitionsrecht, welches ihnen die Kapitalproben rauben wollen. Große Summen Geldes lassen es sich die liberalen Herren kosten. Sie suchen die noch rückständigen Dörfer auf und glauben nun dort ihr Ausbeutungswert ungehindert fortzudrücken zu können; aber gemacht, die Aufklärung macht tiefen Eindruck und bald wird auch dort die Organisation ihr Banner erheben. Diese Musterfabrikanten sorgen schon selbst dafür, daß der Gedanke zum Zusammenschluß reif wird, zahlen sie doch in den Streikbrechersträfen Hungerlöhne von 36 Pf. für 100 Zigarren und 18 Pf. für 100 Bidel. In Geißelbach im Kochgrund, in Viehlos bei Seinhäusen und in Wudersbach haben die Herren Meyer, Fischer, Gail und Stoll aus Gleichen Streikbrechersträfen errichtet; es wäre wünschenswert, wenn die politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossen dafür sorgten, daß diesen Herren überall das Handwerk gelegt würde. Sie flüchten aus Gleichen nur, weil sie nicht daran denken, jemals bessere Löhne zahlen zu wollen. Die Aussperrten sehen mitvoll der Zukunft entgegen, fest und treu stehen sie auf ihrem Posten; das bewies das Bezirksfest der organisierten Tabakarbeiter, welches sich zu einer großen Demonstration gestaltete. Im Festzuge marschierten 3000 Personen, voran die Aussperrten mit einem großen Plakat: „Die ausgesperrten Tabakarbeiter von Gleichen und Umgegend“ unter Vorantritt einer roten Fahne. Auch die Angehörigen der anderen Berufsorganisationen hatten sich sehr zahlreich beteiligt und dadurch ihre Solidarität bekundet. Die Hofsprache auf den deutschen Tabakarbeiterverband und die moderne Arbeiterbewegung wurden von den Tausenden begeistert aufgenommen. Es war ein wahres Fest der Solidarität und der Brüderlichkeit.

Der Steinfabrikant in Bamberg ist nach mehrtägiger Dauer beendet worden. Die Unternehmer mußten zu einem erheblichen Teile nachgeben.

Und wieder ein Tarifabschluß des Steinarbeiterverbandes im Bayerischen Bistum. Für die Arbeiter des niederbayerischen Granitgebietes wird die Nachricht freudig überraschend sein, daß von dort abermals ein bedeutender gewerkschaftlicher Erfolg zu melden ist. Seit 1898 verfuhr dort der Steinarbeiterverband Würzeln zu schlagen. Immer vergeblich. Endlich gelang es. Am unzugänglichen zeigten sich die Orte Büchelberg und Tittling. Die Büchelberger Zahlstelle, am 1. Juli 1906 gegründet, umfaßt heute 90 Proz. der beschäftigten Steinarbeiter. Nunmehr ist es dem Gauleiter Mittenmaier am 21. Juli 1907 gelungen, mit zwei Firmen in den beiden Orten einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Verhandlungen mit den anderen Firmen dort sind noch im Gange, ebenso mit einer Firma in Ketten, für deren Tittlinger Werk. In dem Vertrage erkennen die Unternehmer ausdrücklich den Steinarbeiterverband an. Ferner sind ein Arbeiterausschuß und ein Schiedsgericht vorgesehen, welches letztere in drei Tagen — bei Streitfällen — zu entscheiden hat. Das ist deshalb wichtig, weil ein Gewerbegericht dort noch fehlt.

Natürlich fehlt es dort nicht an der Gegenarbeit des „christlichen“ Steinarbeiterverbandes, der ja der Methode huldigt, Tarife unter allen Umständen abzuschließen. Was dabei zum Nachteil der Arbeiter herauskommt, beweist der von den „Christlichen“ abgeschlossene Tarif in Hangenberg. Der Ort liegt drei Stunden von den beiden Orten, die oben genannt sind. Die Berufsverhältnisse sind an allen den Orten dieselben. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, stellen wir gegenüber, was für ein und dieselben Arbeiten im Tarif des freien Steinarbeiterverbandes und dem des „christlichen“ gezahlt wird: 6,16 — 5,60 M., 8,86 — 7,70 M., 8,58 — 7,70 M., 9,02 — 7,70 M., 11,86 — 9,24 M., 62,72 — 59,24 M., 68,00 — 58,24 M. usw.

Holzarbeiterstreik. In der Rathgeberischen Waggonfabrik in München haben sämtliche Tischler die Arbeit niedergelegt. Es kommen mehr als 200 Mann in Betracht. Die Direktion hat die Forderung, die Arbeitszeit von 57 auf 53 Stunden zu reduzieren, rundweg abgelehnt. Die Weigerung der Firma ist nicht recht verständlich, nachdem seit mehr als einem Jahre im gesamten Tischlergewerbe die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist. Die Ungleichheit in der Arbeitszeit gab innerhalb der Arbeiterschaft fortgesetzt Anlaß zu Klagen und Unzufriedenheit. Die Direktion hat mit der Aussperrung der übrigen Arbeiter, mehr als 1000, gedroht, falls die Arbeit nicht baldigst aufgenommen werde. Zuzug von Tischlern nach München ist fernzuhalten.

Ausland.

Wieder einmal englische Streikbrecher.

Antwerpen, 6. August. Da die Hafenarbeiter sich weigern, die Bedingungen der Arbeitgeber anzunehmen, ist heute hier die Aussperrung bekannt gegeben worden. Der Zustand ist auf die Korntransportschiffe beschränkt. An Bord von zehn Dampfern, die durch Polizeibeamte überwacht werden, sind die Antwerpener Verladere durch englische ersetzt worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vilow kontra Scherl.

Berlin, 6. August. (B. L. W.) Der Reichskanzler Fürst v. Bülow ermächtigt uns zu der Feststellung, daß die in einem Bericht des „Berliner Lokal-Anzeiger“ dem Kaiser von Rußland über die deutsche Flotte zugeschriebene Äußerung, mit einer solchen Flotte könne man den Erdball bezwingen, auf freier Erfindung beruht.

Die Kapitalisten schwingen die Hungerpeitsche.

München, 6. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Verband der bayerischen Metallindustriellen kündigt die Aussperrung aller in Maschinenfabriken Bayerns beschäftigten organisierten Arbeiter an, wenn die Differenzen der streikenden Holzarbeiter in der Rathgeberischen Waggonfabrik bis Sonnabend nicht beigelegt sein sollten. Mittwoch mittag kommen die Scharfmacher zu einer weiteren Sitzung in Nürnberg zusammen.

Eine nicht von Arbeitern geleitete Krankenkasse.

München, 6. August. (B. S.) Eine auf Anordnung der Untersuchungsbehörde bei der Krankenkasse für selbständige Handel- und Gewerbetreibende in München vorgenommene Bücherrevision ergab Unterschlagungen des derzeitigen Kassenverwalters Winkler in Höhe von über 2000 M. Die Passiva der Kasse auf Verzeugs- und Apothekerrechnungen dürften 2500 M. übersteigen. Auf Grund dieser Sachlage wird von einigen Gläubigern die Anmeldung des Konkurses betrieben.

Neues Material im Nordprozeß Hau.

Karlruhe, 6. August. (B. S.) Zum Fall Hau wird gemeldet: Der Mann mit dem grauen Bart, der am 6. November, dem Tage des Mordes an Frau Medizinalrat Molitor, hinter den beiden Damen herging, und der nicht ermittelt werden konnte, ist von der Verteidigung in Mannheim in der Person des Barons Karl v. Lindenau aus Karlsruhe festgestellt worden. Derselbe behauptete den Inhalt eines von ihm an die Verteidigung geschriebenen Briefes ohne Unterschrift, in dem er den Hergang der Sache darstellte und erklärte, daß Hau der Täter nicht ist. Herr v. Lindenau gibt heute in folgender, von den Rechtsanwältinnen Dr. Dieß und Dr. Goerner abgefaßten Erklärung die Autorität und die Wichtigkeit dieses Briefes zu. Die Erklärung lautet: „Mannheim, 6. August 1907, im Hause R 47. Der Baron v. Lindenau erklärt heute mit seiner Unterschrift, daß der von ihm an den Herrn Verteidiger Dr. Dieß gerichtete Brief vom 20. Juli 1907 von ihm geschrieben worden ist und daß der Inhalt des Briefes der Wahrheit entspreche.“

Zusammenstoß zwischen Lokomotive und Straßenbahn.

Hermannstadt, 6. August. (B. S.) Ein Motorwagen der Straßenbahn Kronstadt-Hoszulau stieß mit einer Lokomotive der Staatsbahn zusammen. Der Motorwagen wurde zertrümmert, mehrere Passagiere schwer verletzt.

Abgestürzt.

Hermannstadt, 6. August. (B. L. W.) Beim Abstieg vom Ratterhorn verunglückte heute im untersten Couloir nahe bei der unteren Hütte ein deutscher Tourist, der, wie es scheint, ohne Führer war. Man befürchtet, daß derselbe den Tod gefunden hat.

Die Leiche im Koffer.

Marseille, 6. August. (B. S.) Hier wurde ein Mann und eine Frau verhaftet, die aus Monte Carlo kamen und in deren Besitz ein Koffer gefunden wurde, in welchem sich die in Verwesung übergegangene Leiche einer zerstückelten Frauensperson befand.

Bombardement von Casablanca.

London, 6. August. (B. L. W.) Ein Zeitungstelegramm aus Tanger von heute besagt, die Landungstruppen in Casablanca töteten 160 Eingeborene auf dem Wege zu den Konsulaten mit dem Bajonett. Das Bombardement seitens der Kriegsschiffe dauerte den ganzen Tag. Mehrere Hundert Stammesangehörige wurden getötet und die Dörfer an der Grenze der Stadt zerstört.

Die Scharfmacher der deutschen Holzindustrie

Haben sich dieser Tage in Hildesheim ihr alljährliches Stelldichein gegeben. Es tagte dort die fünfte Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe. Dieser Verband hatte bekanntlich im April d. J. unter den Nachwirkungen der patriotischen Hysterie der hildesheimischen Reichstagswahlen versucht, die Arbeiterorganisation in der Holzindustrie durch eine allgemeine Aussperrung niederzureißen, ist aber dabei nur selber böse getrampt worden. Die Verhandlungen in Hildesheim zeugten denn auch von Anfang bis zu Ende von einem gewaltigen Kagenjammer, der sich hinter den großen Worten einiger Führer nur schlecht verbarg. Es waren vertreten 55 Bezirksverbände. Außerdem war eine Reihe Gäste aus verschiedenen Städten erschienen. Der Jahresbericht des Vorstandes betrug die Deffentlichkeit nicht recht, weshalb man sich darauf beschränkte, den gedruckt an die Mitglieder versandten Bericht debattelos zu „genehmigen“. Die Deffentlichkeit erfuhr nur, daß der Verband am 11. Februar der Streikentschädigungsgesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände angegliedert worden ist. Das ist aber keine Einrichtung, die im Arbeiterlager Heulen und Jähnelappern hervorgerufen könnte. Der Jahresbeitrag zu der Streikentschädigungskasse beträgt für jeden beschäftigten Arbeiter 60 Pf., die Streikprämie dagegen 50 Pf. pro Streiktag. Im 2. Halbjahr 1906 — der Anschlag hat rückwirkende Kraft bis zum 1. Juli vorigen Jahres — bekam der Verband für einen nachgezählten Gesamteinsatz von 8205 M. 9543,50 M. Prämie heraus (38 174 angemeldete Streiktage bei halbjähriger Mitgliedschaft mit je 25 Pf. entschädigt). Für die Aussperrung vom Frühjahr würde es demnach ein paar hunderttausend Mark geben, wogegen schon der von Herrn Kahar di zugegebene nachweisbare Schaden der Unternehmer ebensoviele Millionen und der tatsächliche Verlust wieder ein Vielfaches hiervon beträgt, so daß die völlige Belanglosigkeit der Streikversicherung für den Ausgang der wirtschaftlichen Kämpfe klar zutage liegt. Zudem ist es, wie der Kassierer des Verbandes mitteilte, noch die Frage, ob die Streikentschädigungsgesellschaft für das laufende Jahr die Prämie in der vollen statistischen Höhe zahlen kann! Der Streikversicherungskasse gehören jetzt an 13 Verbände (1906: 5) mit 328 000 (1906: 285 000) Mitgliedern und einem Gesamteinsatz von 360 000 000 M. (1906: 308 000 000 M.). Gegen diese stolzen Zahlen nimmt sich der Ueberfluß der Gesellschaft vom letzten Jahr, der sich auf 17 753 M. belief, um so bescheidener aus.

Die Organisationsfrage der Arbeitgeber führte zu einer kurzen Debatte, deren Ergebnis die Annahme folgender Resolution bildete:

„Die Generalversammlung erklärt die zentrale Berufsorganisation als das höchste Ziel der Arbeitgeber (1); diese Organisation ist zunächst zu erstreben. Die Generalversammlung erklärt ferner, daß erst nach erfolgter zentraler Berufsorganisation die gemischte Organisation in einzelne Bezirke zu erstreben ist.“

„Die Lehren des letzten großen Kampfes“ erbetete in wirrer Rede Herr Siebel aus Düsseldorf. Bemerkenswert war daran nur, daß er die unparteiliche Haltung des Berliner Gewerbegerichts bei den Einigungsverhandlungen vom Mai dieses Jahres angriff. Das stellt dem Gewerbegericht nicht das schlechteste Zeugnis aus.

Herr Siebel ist aber sonst nach der Aussperrung ein zahmer Mann geworden, wie so viele. Im Frühjahr gehörte er zu den lautesten Schreibern und „Gebern“, die schon „das Schicksal des Holzarbeiterverbandes besiegelt“ sahen; freilich war aber schon damals sein Fleisch schwach, wenn auch der Geist willig, doch auch nicht stärker war. Die Düsseldorf'scher Unternehmer, die in ihren Konferenzen usw. furchtbar ins Scharfmacherhorn tüteten, besahen von dem besseren Teil der Tapferkeit genug, um die eigene Haut erst in Sicherheit zu bringen. Nachdem die Aussperrung schon verfügt und auch mancherorts bereits durchgeführt war, schlossen sie mit dem deutschen Holzarbeiterverbande noch einen Tarifvertrag ab. Dann freilich bedauerte Herr Siebel öffentlich, daß die Düsseldorf'scher Unternehmer sich an der endlichen Vernichtung des Holzarbeiterverbandes nicht beteiligen könnten. Ähnliche Erscheinungen waren bekanntlich während der Aussperrung häufig und das Fiasko der ganzen Aktion stand schon mit der verschleppenden und konfusesten Art ihrer Durchführung fest. In Hildesheim lobte Herr Siebel aber die „Disziplin“ und die „Opferwilligkeit“ seiner Kollegen, und der Vorredner betete das Lob- und Dankgebet nach. Es war das Pech der Aussperrungsunternehmer, daß sich die Arbeiter doch andere Begriffe von Disziplin und Opferwilligkeit gebildet haben.

Einige Angaben des Herrn Siebel über die Stärke der verschiedenen Holzarbeitergewerkschaften bedürfen der Nichtstellung. Herr Siebel eröffnete seinen Kollegen, am Schlusse des Jahres 1906 habe der deutsche Holzarbeiterverband 141 000 und die christliche Gewerkschaft 11 000 Mitglieder gezählt. Herr Siebel war so freundlich, den Christlichen zu geben, um den „Aoten“ zu nehmien. Tatsächlich musterte der deutsche Holzarbeiterverband Ende 1906 bereits 151 000 Mitglieder; Christliche gab es aber nach dem Bericht des christlichen Generalsekretärs Stögerwald 10 400.

Von größerer Wichtigkeit als die Aussperrungs„lehren“ Siebels ist folgende Resolution der Generalversammlung in puncto Behandlung der Arbeiter:

„Die Generalversammlung beschließt, alle bestehenden Organisationen als gleichberechtigt, bezw. verhandlungsberechtigt anzuerkennen und sie bei allen vorkommenden Fällen gemeinsam zu hören.“

Das geht über v. Reissweih, der nur die Arbeiterorganisation schlechthin anerkennen wollte. Die Holzarbeiter„geber“ dehnen die Anerkennung gleich auf „alle bestehenden Organisationen“ der Arbeiter aus. Rein Siebchen, was willst du noch mehr? Aber a bittere Falschheit ist bei der Lieb alleweil dabei. Die Christlichen sind nämlich numerisch ganz bedeutungslos; sie dem mächtigen Holzarbeiterverbande als „gleichberechtigt, bezw. verhandlungsberechtigt“ zu koordinieren, ist absurd, wenn nicht auf diese unerfängliche Weise die christliche Quertreiberin in die Arbeitervertretung langiert werden soll. Wenn aber vollends die Fische, die den Scharfmachern im Frühjahr infame Judasdienste geleistet haben, endlich um ihr Brot kämpfenden Arbeitern als gleich- und verhandlungsberechtigter Teil aufgedrängt werden, so ist die tüdliche berechnete Absicht der Unternehmer ganz klar. Deutlicher kann es den Arbeitern nicht wohl gesagt werden, daß die neue, zu Verhandlungen bereite Taktik des Unternehmertums nichts an dem Prinzip des kapitalistischen Herrcentums ändert, daß sie nur ein korruptes Mitteilchen ist, womit die Unternehmer bei Friedensabstößen dunkle Geschäfte macher wollen.

Der Reisesekretär des Verbandes, Herr Jobbe aus Berlin, redete über „Agitation“. Man erliebe, daß die besessene Bildung ihre Methode nicht besser zu vervollkommen weiß, als mit geistigen Anleihen bei dem verachteten Proleten. Herr Jobbe will in den einzelnen Ortsverbänden Bezirke mit je einem Vertrauensmann an der Spitze errichten sehen; er ermahnt zu mündlicher Agitation, er appelliert an Solidarität und Opferbereitschaft. „Da hat er die Zeile in seiner Hand, fehlt leider nur das geistige Band“. Man kann so etwas nicht mechanisch kopieren. Herr Jobbe, Seele muß die Sache haben, in n e r e n S c h w u n g. Aber das heißt freilich von der Arbeit„geber“ Agitation das Unmögliche verlangen. Die heilige Begeisterung, der

Idealismus, der die proletarische Welt im Innersten zusammenhält, diese agitatorisch-schöpferischen Kräfte lassen sich einmal nicht in den Geldschrank stellen und nach Bedarf daraus hervorholen. Sie können nur in einer aktivistisch auf- und vorwärtstrebenden Klasse tätig sein, die in Wahrheit noch „heilige Güter“ zu gewinnen hat, niemals in einer abwirtschaftenden Klasse, die nur noch ihre unheiligen Güter egoistisch verteidigt.

Die Organisation der Arbeitsvermittlung war der Gegenstand, über den Herr Glode aus Bremen redete. Seine Ausführungen waren relativ verständlich; deswegen fanden sie bei der Versammlung keinen Anklang. Herr Glode befürwortete nämlich eine Verständigung mit dem deutschen Holzarbeiterverband zur Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise. Man lehnte diesen Vorschlag ab, um nicht die zärtlich geliebten Christlichen und Fische kalt zu stellen; auch glaubte man wohl, bei kommunal-paritätischen Arbeitsnachweisen leichter moglein zu können. Immerhin bildet sich heute im Unternehmerrlager der Holzindustrie niemand mehr ein, die Arbeitsvermittlung dem Einfluß der Arbeiterschaft überhaupt entziehen zu können. Das sind in der Holzindustrie vergangene Zeiten. — Zur Annahme gelangte schließlich folgende Resolution:

„Die Generalversammlung erkennt die Notwendigkeit einer Neuorganisation des Arbeitsnachweises an, hat aber gegen einzelne Bestimmungen des ihr vorgelegten Arbeitsnachweisregulativs so ernste Bedenken, daß eine Beschlußfassung verfrüht erscheint, zumal die einzelnen Bezirksverbände keine Gelegenheit hatten, zu dem Regulativentwurf vor der Generalversammlung unter sich Stellung zu nehmen. Der Vorstand wird daher beauftragt, in neue Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverband zu treten und deren Ergebnis der nächsten Generalversammlung zur Entscheidung vorzulegen.“

Womöglich der weittragendste und wichtigste Beschluß des Kongresses ging dahin, daß sich der Zentralvorstand des „Schutzverbandes“ mit den verschiedenen Gewerkschaften in Verbindung zu setzen habe, um eine Klassifizierung der Städte bezüglich der Arbeitszeit und des ortstüblichen Lohnes herbeizuführen. Wenn dieser Beschluß überhaupt einen Sinn hat, so muß er den Abschluß eines über das ganze Reich ausgebreiteten klassifizierten Tarifvertrages nach Art des Buchdruckerartaris einleiten.

Die Hildesheimer Tage sind offensichtlich ein erzieherischer Erfolg der Gewerkschaftsbewegung insofern, als sich das grundsätzliche Herrenrecht des Arbeit„gebers“ nicht mehr mit der alten brutalen Offenheit und Unmittelbarkeit auszusprechen wagt. Die Arbeiter sind nicht so töricht, darum an eine arbeitervreundliche Vergewerung des Kapitals zu glauben. Sie werden weiter arbeiten und kämpfen, um ihm die Wolfskrallen zu beschneiden, die noch unter dem Kammsfell scheinbaren Entgegenkommens veräterisch hervorlugen.

Soziales.

Die Sklavenfette der Konkurrenzklausel.

In dem Konkurrenzklausel-Prozess Bertheim/Eisenstedt liegen jetzt die Entscheidungsgründe des Berufungsurteils vor. Das Landgericht begründet das die Berufung zurückweisende Urteil wie folgt: Eine Erschwerung des Fortkommens der Beklagten Handelsgeschäftin im Sinne des § 74 des Handelsgesetzbuches war als nicht vorliegend zu erachten. Das Verbot war nach dem Vertrage auf die Dauer eines Jahres beschränkt, was als übermäßige Ausdehnung nicht bezeichnet werden kann. Es war aber auch der Kreis der der Beklagten nach dem Vertrage verschlossenen Geschäfte ein begrenzter. Selbst wenn man annimmt, daß der Kaufmann Jandorf an einer ganzen Anzahl von Geschäften in Berlin finanziell beteiligt ist, so wird diese Beteiligung schon mit Rücksicht auf die eigenen, unter seinem Namen geführten geschäftlichen Unternehmungen eine nicht allzu große sein, zumal nicht auf dem Spezialgebiet der Parfümerien und Drogen, in dem die Beklagte tätig ist. Letztere wird daher die Möglichkeit haben, unter den zahlreichen, vertragsmäßig nicht verschlossenen Geschäften eine Auswahl zu treffen und wird dort mit Leichtigkeit eine Stellung finden können. Andererseits läßt sich das Verhalten der klägerischen Firma als ausschließlich schändlich nicht bezeichnen. Sie mußte im Gegenteil an der Innehaltung der der Beklagten obliegenden Verpflichtungen ein um so größeres Interesse haben, als die Beklagte Abteilungsleiterin und Geschäftin des Einläufers war und daher manches Geschäftsgeheimnis erfahren haben mochte, dessen Mitteilung an ein Konkurrenzunternehmen die klägerische schwer zu schädigen geeignet war. Etwasige Abmachungen über ihr Engagement beim „Kaufhaus des Westens“ endlich befreien die Beklagte nicht von ihren Verpflichtungen der klägerin gegenüber.

In Ausführung des nunmehr rechtskräftigen Urteils setzte gestern die erste Kammer des Kaufmannsgerichts unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz die Strafe gegen Fräulein Eisenstedt auf 380 M. — für 38 Tage a 10 M. — fest. Hierzu treten noch die Kosten des Prozesses für beide Instanzen in Höhe von zirka 200 M. Ein erneuter Antrag der Firma Bertheim, die Strafe für die folgenden Tage auf 50 M. pro Tag zu erhöhen, wurde zurückgewiesen. — Die Berufte ist nunmehr aus dem „Kaufhaus des Westens“ ausgetreten und hat noch keine andere Stellung finden können. Sie ist zurzeit völlig existenz- und subsistenzlos.

Hausagrarisches.

Wer es noch nicht weiß, der kann es aus einer Denkschrift des Dresdener Baumeisters Hartwig erfahren, daß hohe Mieten das Rationalvermögen vermehren. Er verlangt behördliche Maßnahmen, damit nicht durch Ueberproduktion von Wohnungen noch mehr Rationalvermögen verloren gehe.

Der Bericht fordert weiter eine behördliche Entschlußnahme auf die Privatnützigkeit. Es müsse eine Regelung nach dem Bedarf erfolgen. Aber nicht nur die Privatnützigkeit, heißt es ferner, trägt zur Vermehrung der heutzutage in den Wohnungen bei. Dies ist vielfach nicht weniger der Fall durch eine verderbliche kommunalpolitische; die unnütze Einbeziehung von Vororten und ein ausgedehnter Ausbau der Straßenbahnverbindungen bis in die entlegenen Vorortsdörfer.

Der demnächstige Zug in die Vororte ist in fast allen Großstädten in mehr oder minder starkem Umfange zu bemerken gewesen und infolgedessen hat sich in diesen Vororten eine lebhafteste Bautätigkeit entwickelt. Die Neubauten werden mit allen modernen Einrichtungen ausgestattet und die Wohnungen können trotzdem billiger oder aber wenigstens nicht teurer vermietet werden wie im Innern der Stadt, weil in den Vororten das Auland um vieles billiger zu haben ist.

Die Häuser in der alten Stadt sind durchweg alle schon vor einigen Dezennien entstanden, ihnen mangeln moderne Einrichtungen, die erst aus den Anforderungen der neueren Zeit hervorgegangen sind. Diese Einrichtungen sind aber bei den alten Häusern auch durch kostspielige Umbauten nur in den vereinzelten Fällen zu beschaffen. Und so kommt es, daß die älteren Häuser im Innern der Stadt am meisten durch das Verstreichen der Wohnungen getroffen werden, was z. B. in Dresden einen Rück-

gang der Mieten zur Folge gehabt hat (bis 25 Proz.).

Der Bericht prüft dann die Frage der steuerlichen Belastungen, führt die einzelnen Steuerlasten auf und erklärt, daß nur eine starke, energische und zielbewusste Vertretung des Haus- und Grundbesitzes in den Stadtverordnetenkollegien den unheilbringenden, wohnungs- und bodenreformersischen Einflüssen ein Paroli bieten könne. Eine starke Vertretung in den Stadtverordnetenkollegien zu schaffen, müsse zukünftig mehr wie je die Hauptaufgabe der Vereinstätigkeit sein. Da sich überall das Bedürfnis nach neuen Einnahmequellen geltend mache, werde der Wertzuwachs an Grund und Boden vielen Stadtoberhäuptern als willkommenes Besteuerungsobjekt erscheinen. Gesetzgebung und Verwaltung seien weitere Gebiete, auf denen dem Hausbesitz Gefahren drohen. Der Bericht weist hier auf die vom Bundesrat aufgestellten Normen für den Erwerb von Bäderreordernungen hin. Die größte Gefahr für die Hausbesitzer, welche Bäderreihen in ihrem Grundstück haben, liege im § 16 der Normen, welcher den Vorschriften im Prinzip rückwirkende Kraft verleihe, so daß sie also auch auf bestehende Bäderreihen in Anwendung gebracht werden können. Daraus könnten bedeutende Vermögensschädigungen erwachsen.

Unterschlagung von Krankenkassengeldern.

Manche Innungsräuter, die jede Arbeiterforderung als ungerechten Raubzug denunzieren, haben ein weites Gewissen den Krankenkassen gegenüber. Sie vergessen zwar nicht, den Arbeitern die Krankenkassenbeiträge vom Lohn zu kürzen, aber in krankhafter Vergeßlichkeit unterlassen sie, die Beiträge an die Eigentümerin abzuführen. Und dabei klagen die Vergeßlichen über die drückenden sozialpolitischen Lasten! Die meisten Urteile, die gegen die vergeßlichen Unternehmer gefällt wurden, waren nicht geeignet, abschreckend zu wirken, das Erinnerungsbemögen zu stärken. Nun hat die 7. Strafkammer des Landgerichts Berlin entschieden, daß in allen Fällen, auch wenn die Beiträge später gezahlt worden sind, ein Verstoß gegen das Krankenkassengesetz und zwar auch Unterschlagung vorliege. Alle Einnahmen für Krankenkassen seien mit dem Augenblick der Einnahme bereits Eigentum der betreffenden Kasse. Der Arbeitgeber hat daher die entsprechende Summe nicht nur am bestimmten Tage an die Kasse zu zahlen, sondern er haftet mit seiner Person dafür, daß die Beiträge, welche ja bereits Eigentum der Kasse sind, jederzeit vorhanden sein müssen.

Eine räbische Rechtsauskunftsstelle zu errichten hat der Stadtmagistrat in Nürnberg beschlossen. Der Verein der Nürnberger Rechtsanwälte hat sich erboten, in einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Lokal turnusweise unentgeltlich Auskunft zu erteilen.

Aus Industrie und Handel.

Vom Kohlen- und Eisenmarkt.

Ueber die Lage auf dem Kohlen- und Eisenmarkt berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“: „Der Druck, unter dem der Markt lange gestanden, kann als beseitigt gelten. Verbraucher und Händler drängen weniger stürmisch, die Nachfrage kann besser als vor einem Monat befriedigt werden. Die Kohlenknappheit kann in der Hauptsache heute schon als gebrochen gelten. Die Ursachen dieser veränderten Verhältnisse dürften in stärkerer Förderung in den letzten Monaten, der verstärkten Einfuhr englischer Kohlen und in geringeren Anforderungen einzelner Verbraucher zu suchen sein. Die mittleren Walz- und Hüttenwerke sollen das Monatsquantum im Durchschnitt um einige 100 Tons ermäßigt haben. Trotzdem bleiben die Aussichten des Kohlenmarktes zunächst gut, so daß zu Besorgnissen kein Grund vorhanden ist. Die vielfach auszufüllenden Läden sind nämlich so groß, daß die vollständige Dedung geraume Zeit erfordern wird, hauptsächlich bei dem Großhandel und den Eisenbahnen, und der Herbstbedarf steht vor der Tür. Der Handel beginnt schon in Hausbrandsorten für das Herbstgeschäft zu lagern. Die Anforderungen werden bis in den Herbst hinein so groß bleiben, daß der Bedarf die Produktion schlankeweg aufnehmen kann. Die meisten Bechen sind mehr als reichlich mit Aufträgen versehen und können die Verbraucher nicht immer in wünschenswerter Weise befriedigen, trotzdem Förderung und Versand auch nach den Rheinböfen in den letzten Monaten eine Erhöhung erfahren. Jedenfalls haben aber die gestiegenen Förderungs- und Versandziffern auch zur Befriedigung des dringendsten Bedarfes und zur Markterleichterung beigetragen.“

Die Notwendigkeit einer Reform im Eisenbahnwesen beweist u. a. der statistische Bericht über den Betrieb der unter sächsischer Staatsbahnenverwaltung stehenden Staats- und Privatbahnen im Jahre 1906. Danach erbrachte die 3. Klasse an Einnahmen aus Fahrkarten 29 1/2 Millionen; die 4. Klasse 8 1/2 Millionen, die 2. Klasse 7 1/2 Millionen und die 1. Klasse etwas über 1 Million Mark. Die 3. Klasse allein erbrachte also weitaus mehr Einnahmen als die übrigen drei Klassen zusammen. Die 1. und 2. Klasse brachte zusammen 8 1/2 Millionen, die 3. und 4. Klasse zusammen 38 Millionen.

Die 1. Wagenklasse wurde von 189 871, die 2. von 5 258 000, die 3. von 49 492 098 und die 4. von 25 150 774 Reisenden benutzt. Die Zahlen beweisen, daß es sehr wohl möglich wäre, ohne Schwämmerung der Eisenbahnrente durchgehende Reformen durchzuführen zugunsten des reisenden Publikums ohne großen Geldbeutel. Man braucht nur die 1. Klasse, die ganz unangemessene Kosten verursacht, aufzuheben und zwei Klassen zu schaffen.

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller hat in Gemeinschaft mit dem Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine bei dem Kultusminister den Antrag gestellt, den englischen Sprachunterricht in den Gymnasien obligatorisch einzuführen. In der dem Antrag beigegebenen Begründung wird auf die Notwendigkeit und auf die Vorteile hingewiesen, die aus der Einführung des englischen Sprachunterrichts für die Besucher der Gymnasien im allgemeinen und für diejenigen unter ihnen, die ihr Beruf mit dem englisch redenden Teilen der Welt in Verbindung bringt, erwachsen müssen. Die beiden genannten Gremien erklären, es sorgfältigst vermeiden zu wollen, in den Streit der Humanisten und Realisten einzugreifen. Ihre Bemühen geht dahin, zu zeigen, daß das Gymnasium im Interesse der nationalen Wirtschaft und Kultur sich den Bedürfnissen der Praxis und den Erfordernissen, die an die Ausbildung von Kaufleuten, Ingenieuren, Kolonistoren und Volkswirten gestellt werden, nicht verschließen darf. Allen denjenigen, die einen praktischen Beruf ergreifen wollen, muß vielmehr die Möglichkeit gegeben werden, sich die humanistische Bildung eines Gymnasiums anzueignen, und die Eingabe bezeichnet es als höchst wünschenswert, daß nach wie vor ein erheblicher Prozentsatz der Pioniere deutscher Wirtschaft durch die Schule der Gymnasien gehe.

Die amerikanische Elektrizitätsindustrie.

Soeben ist aus dem amerikanischen Zensusbureau ein Bericht über die Ergebnisse des Zensus in bezug auf die Elektrizitätsindustrie erschienen. Schon die Bearbeitung des Zensus vom Jahre 1900 brachte einen solchen Bericht, der aber nicht in der Ausführlichkeit über dieses Gebiet Auskunft gab, wie es der Letzte tut. Der Bericht des 1900er Zensus beschränkte sich auf die elektrischen Zentralen für Licht und Kraft, auf die elektrischen Eisen- und Straßenbahnen, die Telephonie und die Telegraphie. Der Bericht für 1905 umfaßt dagegen das ganze Gebiet. Er schloß allerdings große Teilgebiete aus, die zwar direkt zur Elektrizitätsindustrie gehörten, aber doch im

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittmoß, den 7. August.
Anfang 8 Uhr.

Neues König. Operntheater.
Cavalleria rusticana. Vorher: Galathée.

Deutsches. Der Jongleur.
Berliner. Eberhard Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Martha.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Weg zur Hölle.

Neues Schauspielhaus. Kaffee.
Neues. Ein seltsamer Fall.
Komische Oper. Pierpuppen. Grotte Purtschen.

Weiten. Die lustige Witwe.
Vollständiges Theater. Der Weg zur Hölle.

Bernhard Hofe. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.

Zentral-Theater. Tagebuch einer Verlorenen.

Trianon-Theater. Fräulein Josette — meine Frau.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Hofka. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.

Gebr. Herrfeld-Theater. Madame Wig-Way. Es lebe das Nachtleben.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.

Zentral-Theater. Tagebuch einer Verlorenen.

Trianon-Theater. Fräulein Josette — meine Frau.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Hofka. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.

Gebr. Herrfeld-Theater. Madame Wig-Way. Es lebe das Nachtleben.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.

Sherlock Holmes.
Donnerst.: Der Hund von Baskerville.
Freitag, Sonnabend und Sonntag:
Sherlock Holmes.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Sufarenfieber.

Zentral-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Tagebuch einer Verlorenen.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Das kolossale Spezialitäten-Programm mit Gumperti, Dumiti, Pipifay und Paulo, Czertiller, Rab. Piloty von Kaufbach. Jüdische Tänze. 10 Uhr: Stürmisches, ununterbrochenes Lachen über

Hartstein
als Ortsvorsteher Lehmann in seiner Barocke „Der Hochzeitsgast“.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 133.
Im Garten. Anf. 8 1/2 Uhr:
Das glänzende August-Programm.
Sperre 30 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Gebr. Herrfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billettoverkauf 11—2 Uhr.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Way.

Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrfeld. Musik v. E. Thal.
Dazu die Separée-Mäde
Es lebe das Nachtleben!
mit den Autoren Anton u. Donat Herrfeld in den Hauptrollen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Prot.: S.K.K.H. d. deutsche Kronpr. u. S.H. Herz. Joh. Albr. z. Mecklbg.

Deutsche Armee-Marine u. Kolonial-Ausstellung
Wannsee-Bhf. Friedenau.
Großindustrie und Handwerk. Kunst- und Gewerbe. Patentierte Erfindungen. Meer- und Seewesen. Kolonial-Produkte-Diorama. Luftsport-Modelle. Tropenbahn u. Wild-Afrika. Vergnügungspark u. Konzerte, Leuchtfontäne.
Heute Eintritt 50 Pf. Militär und Kinder 25 Pf. Augstellungsberechtigt zum Eintritt.
Dritter Volkstag.
Erwachsene haben 2 Kinder frei. 3 Kapellen. Festl. Beleuchtung. Sondervorst. I. Vergnügungspark. **Große Ermäßigungen.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Rab. Dill. Sonnenstr. 16.
9 1/2 Uhr: **Der Hund von Baskerville.**
9 Uhr: Egon Piton mit seinen Charakterstudien: Berlin unter den Linden. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Donnerstag: Benefiz für Käse Reich: Minna von Barnhelm.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Barnh. Ross. Heute:
Das großartige August-Programm. Täglich 8 1/2 Uhr: Mit großem Erfolg:
Carmen.
Spezialitäten ersten Ranges. P. Vondaro. Noltzel-Luri-Trio. Jack-Theo-Trio. Gebr. Damm. **Paul Coradini.** Stoffeneröffnung 8 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Großer Elite-Ball.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönbr. Allee 148. Refkan-Allee 97/99. Kefestet. Hoftheater Berlins. Heute:
Großer Elite-Jubiläumstag.
Zum 50. und letzten Male:
Großstadtzauber.
Dazu der große August-Spielplan mit der Racingtruppe usw.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Gemeldet hat sich für heute über **Zanzow-Rölln.**

Volksgarten-Theater.
Bad-Beimstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Sellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original-Aufführung. Operetten-Burleske in 2 Akten von B. Gerde. Musik von Alfred Sommerfeld.
Hierzu:
Das neue **Riesen-Spezialitäten-Programm.** Volksbelustigungen.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Max Kliems Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Künstlerische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeehäuser ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.)
Wittmoß-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gottspiel **Heinrich Büchel:**
Martha oder: Der Markt zu Richmond.
Romantische Oper in 4 Akten von Dr. v. Blotow.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Affkanerin.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gottspiel **Heinrich Büchel:**
Die weiße Dame.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Belle-Alliance-Garten
6 Uhr: Konzert und Variété.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler **Arturo Bernardi**
! und das neue !
größartige
August-Programm.
14 Attraktionen 14.

Sanssouci, Kolibuser
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. Tanzkränzen.
Sitz hochachtungsvoll Programm.
Sonntag Beginn 5 Uhr, wochentags 8 Uhr.

Walhalla-Variete-Garten
Weinbergweg 19/20, Rothenh. Loc. Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
Anf.: Sonntag 8; Vorstellung 7 Uhr.
Bei unruhigem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Prater-Theater.
Kostanien-Allee 7/9.
Jägerlieben.
Spezialitäten 1. Ranges. Kulturrein der Löwenbrant **Tilly Böbe** mit ihren drei Löwen. **Konzert und Ball.**
Anfang 8 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Prater-Theater.
Kostanien-Allee 7/9.
Jägerlieben.
Spezialitäten 1. Ranges. Kulturrein der Löwenbrant **Tilly Böbe** mit ihren drei Löwen. **Konzert und Ball.**
Anfang 8 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Prater-Theater.
Kostanien-Allee 7/9.
Jägerlieben.
Spezialitäten 1. Ranges. Kulturrein der Löwenbrant **Tilly Böbe** mit ihren drei Löwen. **Konzert und Ball.**
Anfang 8 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Prater-Theater.
Kostanien-Allee 7/9.
Jägerlieben.
Spezialitäten 1. Ranges. Kulturrein der Löwenbrant **Tilly Böbe** mit ihren drei Löwen. **Konzert und Ball.**
Anfang 8 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Prater-Theater.
Kostanien-Allee 7/9.
Jägerlieben.
Spezialitäten 1. Ranges. Kulturrein der Löwenbrant **Tilly Böbe** mit ihren drei Löwen. **Konzert und Ball.**
Anfang 8 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Prater-Theater.
Kostanien-Allee 7/9.
Jägerlieben.
Spezialitäten 1. Ranges. Kulturrein der Löwenbrant **Tilly Böbe** mit ihren drei Löwen. **Konzert und Ball.**
Anfang 8 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Prater-Theater.
Kostanien-Allee 7/9.
Jägerlieben.
Spezialitäten 1. Ranges. Kulturrein der Löwenbrant **Tilly Böbe** mit ihren drei Löwen. **Konzert und Ball.**
Anfang 8 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Neue Welt
Gartenstraße 108—114.
Wittmoß, den 7. August 1907:
Ernte-Fest.
Kinderbelustigungen jeder Art. **Gratisüberlegung:**
1. Preis für Mädchen eine goldene Damenuhr.
1. Preis für Knaben eine goldene Herrenuhr.
Erntefesttag, Bonbonregen, Radelzug.
Großes Doppel-Konzert
Spezialitäten-Vorstellung
Tanz-Reunion.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Bernspracher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Heute Mittwoch:
Große Soiree
der **Willy Walde-Sänger.**
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

CIRCUS
NORTON B. SMITH
Berlin, Memelerstraße.
Vollständig neue Einrichtung und vollständig neues Programm.
Gala-Premiere Sonnabend
den 10. August, abends 8 Uhr. 208/14

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76—79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Besondere Jahrgesellschaft n. allen Stadtricht. **Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!**
Nieren-Kaffee, etc.

Landsberger Allee auf Stelzen.
5 Allison, phänomenale Akrobaten. — **The Reros**, kontanzvolle Kunst — **Helix Heuer**, Selli Geldern, profingiert.
Dazu das neue brillante August-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaffeehäuser, Volksbelustigung aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Restaurant „Hungrierer Wolf“ Strausberg II.
Herrlich an Wald und Wasser gelegen. — **Tanzsaal, Regeldahn, Kaffeehäuser.**
Es ladet die gebrühten Ausflügler, Vereine und Radfahrer ergeben ein **Paul Carow.**
6635*

Größter Triumph der Wissenschaft!
Die absolut sichere Vorausberechnung der mechanischen Preisbewegungen an den Produkten- und Effektenbörsen.
Das Wirtschaftsmodell der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.— Teil- und Volksausgabe, 60 Pf. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pf. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pf. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugchriften und Prospekte.

Spiritus-Bügeleisen
für Haus und Reise.
Centrale für Spiritus-Verwertung
Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Wie kann auch nur ein vernünftiger Mensch immer noch gebrannte Gerste und offenen Malzaffee kaufen, oft verunreinigt und staubig, wenn man für 10 Pfennig schon ein Paket Rathreiner erhalten kann. „Rathreiner“ wird nicht lose ausgewogen verkauft, sondern **nur** in Paketen. Man achte darauf, daß jedes Paket den Namen „Rathreiner“ trägt. 62/7

ein Paket Rathreiner
erhalten kann. „Rathreiner“ wird nicht lose ausgewogen verkauft, sondern **nur** in Paketen. Man achte darauf, daß jedes Paket den Namen „Rathreiner“ trägt. 62/7

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74. Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 54272*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10—2, 3—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Bernspracher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Heute Mittwoch:
Große Soiree
der **Willy Walde-Sänger.**
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

CIRCUS
NORTON B. SMITH
Berlin, Memelerstraße.
Vollständig neue Einrichtung und vollständig neues Programm.
Gala-Premiere Sonnabend
den 10. August, abends 8 Uhr. 208/14

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76—79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Besondere Jahrgesellschaft n. allen Stadtricht. **Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!**
Nieren-Kaffee, etc.

Landsberger Allee auf Stelzen.
5 Allison, phänomenale Akrobaten. — **The Reros**, kontanzvolle Kunst — **Helix Heuer**, Selli Geldern, profingiert.
Dazu das neue brillante August-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaffeehäuser, Volksbelustigung aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Restaurant „Hungrierer Wolf“ Strausberg II.
Herrlich an Wald und Wasser gelegen. — **Tanzsaal, Regeldahn, Kaffeehäuser.**
Es ladet die gebrühten Ausflügler, Vereine und Radfahrer ergeben ein **Paul Carow.**
6635*

Größter Triumph der Wissenschaft!
Die absolut sichere Vorausberechnung der mechanischen Preisbewegungen an den Produkten- und Effektenbörsen.
Das Wirtschaftsmodell der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.— Teil- und Volksausgabe, 60 Pf. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pf. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pf. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugchriften und Prospekte.

Spiritus-Bügeleisen
für Haus und Reise.
Centrale für Spiritus-Verwertung
Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Wie kann auch nur ein vernünftiger Mensch immer noch gebrannte Gerste und offenen Malzaffee kaufen, oft verunreinigt und staubig, wenn man für 10 Pfennig schon ein Paket Rathreiner erhalten kann. „Rathreiner“ wird nicht lose ausgewogen verkauft, sondern **nur** in Paketen. Man achte darauf, daß jedes Paket den Namen „Rathreiner“ trägt. 62/7

ein Paket Rathreiner
erhalten kann. „Rathreiner“ wird nicht lose ausgewogen verkauft, sondern **nur** in Paketen. Man achte darauf, daß jedes Paket den Namen „Rathreiner“ trägt. 62/7

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **David Wollner**
am 4. d. M. gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 7. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Kirchhofs in Delitzschstr. aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
128/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Friedrich Petreit**
und der Galvaniseur **Max Ludwig**
gestorben sind. **Ehre ihrem Andenken!**
128/7 Die Ortsverwaltung.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.
Ortsverein Berlin.
Am Montag, den 5. August, starb unser altes Mitglied **Otto Nemsow.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. August, nachmittags 4 Uhr, vom Friedhof in Rieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
130/6 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 10.
Allen Kameraden hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied **Rudolf Wolf**
verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr vom Augustahospital in der Schornhorststraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
255/1 Der Vorstand.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 3. August starb nach längerem Leiden am Magenleiden im Alter von 48 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer **Rudolf Wolf.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Augustahospitals, Schornhorststraße, aus nach dem alten Nazareth-Friedhof in der Seefraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
219/5 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.
Ortsverein Berlin.
Am Mittwoch, den 31. Juli, starb unser treues Mitglied **Paul Horn.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofs, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
130/7 Der Vorstand.

Zur Nachricht, daß unser Kollege **Johann Dorsch**
heute nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem katholischen Kirchhofe am Mariendorfer Weg beerdigt wird. **Ehre seinem Andenken!**
Die Kollegen der Pianofabrik Neufeld.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang
Mittwoch
8 Uhr,
Sonntag
7 Uhr.
Reichshallen
Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. — Fernsprecher Amt 3, No. 5028.

Freitag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Industriesälen, Deuthstraße 20:

Ankerordentliche General-Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Lohnbewegung und welche Maßnahmen treffen wir weiter zu derselben? 2. Diskussion.
Der Vorstand. H. A. Albert Juppontz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Einsetzer.

Zu der heutigen Vertrauensmänner-Sitzung der Einsetzer im Gewerkschaftshause, Saal 8, sind die in den Betrieben von Süßer, Bremerstraße 48, und Vertreter Köhn, Ebersstraße, beschäftigten Einsetzer eingeladen.

Maschinenarbeiter

Die Vertrauensmänner-Versammlung fällt aus.
Dafür am Mittwoch, den 7. August, abends 8 Uhr, in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstr. 21:

Ankerordentl. Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Kreierelbehörden. 2. Neuverteilung der Zeit der Arbeitsvermittlung. 3. Branchen-Angelegenheiten und Verschlebesnes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Jalousie-Arbeiter

Die Vertrauensmänner-Versammlung findet am Donnerstag, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Walter, Adalbertstr. 62, statt.

Achtung, Vertrauensleute!
Die Zahlstelle 67 ist von Gröfestr. 2 nach Urbanstr. 87 verlegt worden.
In Treptow ist eine neue Zahlstelle bei Mahlau, Riefholzstraße 35, errichtet worden.

Montag, den 12. August, bei Keller, Köpenstr. 29:
General-Versammlung.

OO Zigaretten
Haberi
a 2 und 3 Pf.
garantiert Handarbeit
sind die besten. 55950*
Depot: **Dresdenerstr. 16**
(bis-a-bis Zigarette). OO



Stettin-Kopenhagen

sowie Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umstegen
mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Passagierdampfern „Kong Haakon“, „Dronning Wand“, „M. G. Melchior“, „E. P. A. Koch“ usw.
Prospecte gratis und franko durch
Gustav Metzler, J Stettin.

66171*
Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
Gardinen, Portieren, Stores, Vitrage, Tüll-Bettdecken etc.
Einzelne Fenster spottbillig!
Pracht-Katalog mit ca. 600 Abbildungen gratis und franko.
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zustan, von 20 Mark an, Moritz Laband, Oranienburger Strass 4, I.
Von der Reise zurück
Dr. Martin Baender, Rathenowerstr. 23.

Tod und Teufel

allen Ungeheuer!
Reichel's vorstärkt. Wanzenfluid
Fl. 50 Pf., M. 1.-, 2.-, 3.-, Literfl. 5.-
Spezial-Schwabengpulver
„Poudre Martial“ Paket 50 Pf., M. 1.- u. 2.-, Pfund 4.-
Mortal gegen Flöhe, Fl. 75 Pf. und M. 1.50.
Anerkennungen aus aller Welt!
Sprühdapparate von 50 Pf. an.
Man nehme i. d. Drogerien nur die echten Originalpackungen in meiner Firma u. Marke „Tod und Teufel“, die einzige Garantie für Erfolg. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche
Gruppe: Rabißspanner und Zementierer.
Die Gruppenversammlungen für Rabißspanner am Mittwoch, den 7. August, sowie für Zementierer am Sonntag, den 18. August, finden nicht statt.
142/12 Die Gruppenvorsände.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsjelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 8. August, abends 8 Uhr:
Bezirksversammlung
für
Friedrichshagen und Umgegend
in Lerches „Bürgersälen“, am Rundteil.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wufschid: „Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung“.
2. Der Anschlag der Graveure und Hjelere „Filiale Friedrichshagen“ an den Deutschen Metallarbeiter-Verband.
3. Verhandlungsangelegenheiten.
123/9
Die Kollegen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen, insbesondere sind die Graveure und Hjelere zu der Versammlung eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale I. Berlin.
Donnerstag, den 8. d. M., abends 8 Uhr, im Marienbad, Badstraße 35/36:
Mitglieder - Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht über die Lokalkasse. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschlebesnes.
144/3
Pünktliches wie auch zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand. H. A. F. Runge.
Jeden Montag, Mittwoch, Freitag u. Sonnabend:
eine Fahrt ins alte romantische Land
nach Heideschloß Hohenbünde
100 000 m großes Lokal.
Schönster Punkt der Uferspre, herrlich im Walde gelegen.
Abfahrt Berlin von der Weisenbrücke, Ecke Sivalauerbrücke 10 Uhr morgens.
Bom Café Allen 10 1/2 Uhr. Rückfahrt 7 Uhr abends. Fahrpreis einfache Fahrt 50 Pf., hin und zurück 75 Pf., Kinder 40 Pf.
56012
Reederei **L. Kahnt,** Sivalau-Berlin, Tel. Amt VII 580 u. 13459.

Im Sommer ist MAGGI'S Würze ganz besonders wertvoll,

denn die Hausfrau macht gern kurze Küche und hilft dann mit einigen Tropfen Maggi's Würze nach.

Jedes Wort 10 Pfennig. Kleine Anzeigen

Verkäufe.

Teppiche mit Gardenschlern Fabrik. Niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Mauerhoff. †1
Steppdecken billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1
Gardinenband Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Mauerhoff. †1
Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Oranienstraße 40. *
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 25158*
Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9. 21678*
Teppiche! (Jehierballe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahnhof Börje. 26111*
Wandbildhaus! Hermauplay fecht. Bild! Bild! für jedermann! Spottbilligster Bilderverkauf, Brautbetten, Aussteuerwäse, Vermietungsbeit, Wandbildeverkauf, Bildhülle, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdeckenverkauf, Tischdecken, Goldschalen, Schmuckschalen, Uhrenverkauf, Jadeitanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots. †114*
Kranzstr. 50 Möbel, Spiegel, Porzellanwaren spottbillig. Möbelspeicher Saalheld. 21856*
Gerätschaften: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Resolover, Leinwand, Uhren, Goldschalen, Kessel, spottbillig. Lude, Oranienstraße 131.
Reisekoffer, Openglas, Reisezeuge, Regulator, Freischwinger, Harmonikas, Gelgen, Silber, Silber, Teppiche, spottbillig. Lude, Oranienstraße 131. 20685*Herren-Garderobe** nach Maß, sanfter Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauf beim Handwerker, liefert den Handwerker verdienen. Teilzahlungsgehaltet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109. *
Kinderwagen, Kinderbesteck, Sportwagen, gebraucht, zurückgeleitet spottbillig. Sommer, Wienerstraße 61.**

Möbelsuchende! Nach wie vor nur „Grüner Weg 81“ vollständige Einrichtungen, enorm riesige Auswahl, Sofas, Truhen, Bettstellen, reelle Kattunen, bekannt billig, genau Hausnummer „81“ achten! Dwinahl.
Lauben-Baumaterialien, gebraucht und neu, wie: Kiehlholz, Bretter, Balken, Leisten, Lärchen, Fichten, Dachpappe, in größter Auswahl billig. Hagenstraße 2 (am Hermannplatz). 19615*
Milchgeschäfts-Einrichtungen, Kübel, Waage, Wagen, Gewichte, Rannen, Drehrollen, Ledentische, Regale, billig. Bahmannstraße 27. *
Mieseposten Teppiche, Sofa- und Salongröße, 4,35, 6,75, 10, 15 Mark. Eine Partie mit kleinen Möbeln spottbillig. Teppichhaus Emil Lechner, Oranienstraße 154. 53368*
Abseinterpumpe, von 8,00 bis 100,00, alle, auch Schlauchpumpen, pumpen stauend billig beim kulantem Pumpenwerk, Uferstraße 81.
Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Brads von 2,50, sowie für torpulenten Figuren Neue Garderobe zu stauend billigen Preisen, aus Wandläden verlassene Sachen kauft man am billigsten bei Nag, Anladstraße 14. 21926*
Kittner-Röhrenmaschinen ohne Anzahlung, möglichst 1,00. Reparaturen billig. Wienerstraße 1-6, Barshamerstraße 67, Uferstraße 111.
Sommerpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Hartzell, nur Rosenhallerstraße 10. Fernsprecher Amt III 5117. 26116*
Dame verkauft Salongarnitur 55,-, Schlafsofa 28,-, Plüschsofa, passend zum Vermieten. Chausseestraße 43, Eingang Schwarzdörpferstraße, Härtel.
Fuhrwert ist zu verkaufen alle Jakobstraße 29 I. 21846
Garbier-, Friseurgeschäft billig. Postamt 112. Chiffre 37. Berlin.

Verschiedenes.

Kleines Milchgeschäft, Fabriklieferung, fränkischer Verkauf, Schöneberg, Stubenrauchstraße 3. †105
Herrenfahrrad verkauft Scherzer, Kottbuserstraße 17 IV. †108
Restaurants-Einrichtung verkauft Zornsdorferstraße 39. †120
Grünfranggeschäft billig zu verkaufen. Amsteddamerstraße 24. †80
Aquarium, Fische und Pflanzen billig zu verkaufen. Stordmann, Friedrichselderstraße 3, vorn II. †30
Volkssänger-Gesellschaft Max Schmelzer, Stettinerstraße 57. †96*
Volkssänger-Gesellschaft Hugo Knie, Swinemünderstraße 17. †90*
Verst die Mutterprache beherrschen! Erfolgreich, leicht, jährlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (Separat) auch abends ein lästiger und gemüthlicher Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde möglichst genügt. Gebillige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Patentanwalt Bessel, Wittgenstr. 91a. 25558*
Volkswort Bogdanowit, Gaudystraße 16. †50*
Gesunden Dienstag früh 1/8 Uhr in der Badstraße, Straßenbahnhaltestelle Prinzenallee, ein Schlüssellund-Wohnhosen bei Ernst Herz, Goldminerstraße 76.
Darlehen von 200 Mark wünscht Parteigenossen auf ein Jahr. Zuschriften erbeten an „Vorwärts“-Expedition, Uferstr. 36. †90
Arbeiter-Gesangverein sucht Vereine zum 14. September und Rosenball. (Wahlhülle des Ostens.) Röhers Peters, Wilhelm Stolzestraße 6. †120
Achtung, Bergolder Raue Sparfelder Pad 1,35. Adress postlagernd unter „Silber“ Postamt 51. †30

Vermietungen.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer für Herrn Strahmannstraße 7, linker Seitensügel II. †120
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle für Herrn, Töppe, Niddor, Panierstraße 63, III Treppen links. †114
Saubere Schlafstellen frei Frankfurt Allee 38, Übergabebüro III links, Raab. 21566
Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten bei Witwe Deckerich, Rauhstraße 40, parterre. 21886
Mietsgesuche.
Kleines möbliertes Zimmer, möglichst mit Badgelegenheit, sucht Handwerker. Charlottenburg. Preisofferten K. Postamt 4 Charlottenburg. †128
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläser, Anladstraße 27. 14686
Stellenangebote.
Pianomechanik-Bohrer, der Bohren machen kann, verlangt Müller, Eisenbahnstraße 21. †3

Lüchtigen Dresser verlangt Kristian, Charlottenstraße 7. 21876
Dienstmädchen, zwei, Geschäft, Haushalt, sofort gesucht. Raack, Rüdigerstraße, Meinekestraße 28. †129
Morgenrot-Arbeiterin, Reumann, Fürstenstraße 10. †95
Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41. 5613*

Zu Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Sicheren, äußerst lohnenden Nebenverdienst
ohne besonderen Zeitaufwand meist kostenlos und unverbindlich nach Conrad Bieber, Chemnitz, Vogenstr. 43.

Achtung! Zuschneider und Zuschneiderinnen!
Überre verhängen wir über nachbenannte Geschäfte wegen Nichtanerkennung unserer Lohnforderung: Hugo Hermann u. Co., Spandauerstr. 78/80. Müller u. Lebold, Spandauerstr. 18. Albert Grün, Spandauerstr. 16/17. Jacobsen u. Israel, Kolonnenmarkt 5. Paul Linger u. Co., Neue Friedrichstr. 37. Jean Popper, Rosenstr. 15. 16577*
Es darf dort kein Zuschneider Stellung annehmen.
Crisöverwaltung
d. deutschen Schneiderverbände.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum:
Frits Jitze, Mauerstr. 89.
H. Schmidt, Rüdigerstr. 50.
Westen:
G. Schmidt, Bismarckstr. 52
Osten:
D. Mann, Petersburgerplatz 4.
H. Wengel, Rüdigerstr. 3.
Gustav Vogel, Köpenstr. 63.
Nordosten:
L. Jucht, Reibstr. 42.
J. Reul, Bernauerstr. 42.
Norden:
G. Rasche, Uferstr. 36.
F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Karl Mars, Rüdigerstr. 123.
Karl Weike, Rüdigerstr. 49.
E. Dehndt, Rüdigerstr. 24.
H. Vogel, Vorkingstr. 37.
H. Tisch, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweberstr. 8.
W. Zarke, Geylensdörferstr. 29.
Südwesten:
G. Werner, Anieisenstr. 72.
G. Schröder, Vogelbergstr. 27.
Süden:
St. Frits, Prinzenstr. 31.
F. Gurschmidt, Kottbuser Damm 6.
Südosten:
Paul Böhm, Lauffer Platz 14/15.
P. Gorch, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
G. Schandberg, Eschenbinderstr. 1.
Friedrichshagen:
O. Seifel, Kronprinzstr. 60.
Rixdorf:
M. Heinrich, Redarstr. 7.
Courab, Hermannstr. 60.
Hammelsburg:
H. Rosenkranz, III-Borghagen 56.
Schöneberg:
Witf. Gümmler, Rüdigerstr. 51.
Weißensee:
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schiller, König-Chaussee 39a.
Reinickendorf:
P. Gursch, Vorkingstr. 103.
Treptow:
H. Gramenz, Riefholzstr. 412.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Mit Beginn dieses Monats hat auch wiederum in den Landorten die Zeit der alljährlich üblichen Erntefeste eingeleitet. Zum Teil werden dieselben noch alten Brauche gemäß gefeiert, meistens sind es jedoch nur rein geschäftliche Unternehmungen...

Am Sonntag den 11. und Montag, den 12. August, findet in Französisch-Buchholz das diesjährige Erntefest statt; wir machen besonders darauf aufmerksam, daß uns dort nur Räthnes Geseilschaftshaus, Berlinerstr. 89, zur Verfügung steht. Alle anderen Lokale sind streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Friedenan. Heute, Mittwoch, den 7. August, abends 7/9 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Rheinschloß, Rheinstr. 60. Tagesordnung: Der Essener Parteitag, Kreisgeneralversammlung, Generalversammlung von Groß-Berlin, Erwahlten, Vereinsangelegenheiten.

Die Parteigenossen sind verpflichtet, vollständig zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Gesund — und dennoch reis fürs Krankenhaus?

Den Mitgliedern von Krankenkassen werden bekanntermassen von Kassenärzten und Vertrauensärzten nur zu oft die verdrähtlichsten Schereorien bereitet, wenn sie in Erkrankungs-fällen irgendwelche Leistungen von der Kasse fordern. Mal wird einer, der krank genug ist, um Kassenhilfe beanspruchen zu können, für gesund und arbeitsfähig erklärt und rasch in den Verdacht der Simulation gebracht. Mal wieder wird ein anderer, der fast gesund ist und nur noch der Schonung bedarf, in ein Krankenhaus geschickt, wie wenn er schwerkrank wäre. Selbstverständlich liegt es uns fern, gegenüber derartigen Vorkommnissen anzunehmen, daß die verantwortlichen Personen wider besseres Wissen gehandelt haben.

Schon mancher dieser Kämpfe hat mit einer bösen Niederlage des Vertrauensarztes bzw. des Kassenvorstandes geendet. Zu Ruh und Frommen aller, die es angeht, wollen wir heute über den Ausgang eines Streites berichten, den ein Mitglied der Vertrauenskrankenkasse der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft (Auer) erfolgreich durchgeföhrt hat. Ein Monteur S., der bei dieser Gesellschaft beschäftigt war, erkrankte Anfang April an einer eitrigen Mandelentzündung, in deren Verlauf noch ein schwerer Gelenkrheumatismus auftrat. Drei Wochen hindurch war S. in seiner Wohnung von Dr. Goldschmidt, einem Vertreter des Kassenarztes Sanitätsrat Wolff, behandelt worden, dann wurde er nach dem Krankenhaus Noabit gebracht. Von dort konnte er in der zweiten Hälfte des Mai als geheilt, aber schonungsbedürftig entlassen werden. S. begab sich mit dem Entlassungsschein noch an demselben Tage zum Bureau seiner Kasse und legte ihn vor. Doch im Kassenbureau wußten sie es besser, wie es um S. stand. Der Kassenbeamte Schmidt erklärte, S. sei doch als geheilt entlassen worden, mithin sei er arbeitsfähig. Als S. hiergegen Einspruch erhob, wurde er zum Vertrauensarzt der Kasse, dem Sanitätsrat Dr. Rhode (Waldemarstraße 55) geschickt, der ihn untersuchen sollte. Der Herr Sanitätsrat sah den Kassenbeamten an und erklärte dann in Uebereinstimmung mit Herrn Schmidt, wenn S. als geheilt entlassen sei, so müsse er auch arbeitsfähig sein. Auf den Einwand von S., daß der Krankenhausarzt doch nicht zum Spah ihn als schonungsbedürftig bezeichnet haben werde, bewilligte Dr. Rhode schließlich einen Tag Schonung. Hiermit hatte der Vertrauensarzt der Kasse genügt; aber dem Kassenbeamten, der sich noch keineswegs arbeitsfähig fühlte, konnte das natürlich nicht genügen, und auch der Arzt des Krankenhauses hatte gewiß nicht daran gedacht, daß jemand da einen einzigen Tag Schonung als ausreichend ansehen könnte. Es verblieb zunächst bei dieser Entscheidung, trotz aller Proteste von S. Auf dem Kassenbureau wurde ihm anädigt noch bewilligt, daß er zum Sanitätsrat Wolff gehen und sich von diesem als Ertragsgabe eine Einreibung verschreiben lassen dürfte.

Auf Herrn Wolffs Anraten versuchte nun S., nach Ablauf seiner einwöchigen „Schonzeit“ wieder zu arbeiten. Aber nur zu bald stellte sich heraus, daß das unmöglich war, und noch an demselben Tage mußte S. wieder aufhören. Wieder wurde er zum Vertrauensarzt Rhode geschickt, und nun versägte dieser, daß S. in ein Krankenhaus gehen müsse. Noch am 21. Mai hatte der Herr Sanitätsrat ihn — reis fürs Krankenhaus! S. drückte seine Verwunderung über diesen raschen Meinungswechsel aus. Aber das half ihm nichts; er hatte sich ins Krankenhaus zu scheren. Gehorsam tat er's und ging wieder nach Noabit, wo sie ihn ja schon kannten. Dort wurde er noch einmal gründlich untersucht und dann — abgewiesen. Der Arzt gab ihm ein Attest mit auf den Heimweg, eine Art Albumblatt für den Kassenvorstand samt dem Vertrauensarzt. Es lautete: „Abgegeben, weil Aufnahme nicht dringend.“ Städtisches Krankenhaus Noabit. Aufnahmearzt Dr. Schwabenberg. — Nach Rücksprache mit Herrn Dr. Rahm, welcher den S. während seines hiesigen Krankenaufenthaltes behandelt hat, ist derselbe am 18. d. M. als geheilt von seinem Gelenkrheumatismus, nur mit den üblichen Kassenleistungen Erscheinungen dieser Krankheit, die zwar eine Schonung von der Arbeit, nicht aber eine Bekandlung im Krankenhaus erheischen, entlassen worden. Gegenwärtig hat S. kein Fieber und keine größeren Beschwerden als bei seiner Entlassung. Dr. Schwabenberg.

Was nun? S. ging mit diesem Bescheid zur Kasse; doch Herr Schmidt, der Allmächtige, blieb dabei, daß S. ins Krankenhaus gehöre. Wieder sollte S. den Herrn Sanitätsrat Rhode um einen Bescheidspruch eruchen. Aber er hielt es jetzt für geraten, seine Organisation um Weistand zu bitten, und auf deren Rat beschwerte er sich dann bei der Aufsichtsbehörde. Noch pochten sie bei der Kasse auf ihr „Recht“ und blieben unzugänglich. S. ließ sich das erforderliche Attest über seinen gegenwärtigen Gesundheitszustand von Herrn Dr. Goldschmidt anstellen, der ihn zu Anfang behandelt hatte. Das Attest schloß: „Ich gebe daher mein Gutachten dahin ab, daß der Monteur S., dessen schwere Krankheit ich von Beginn bis zur Einlieferung ins Krankenhaus beobachtet habe, heute noch nicht arbeitsfähig ist. Er bedarf seiner Aufnahme in ein Krankenhaus, sondern muß sich im Gegenteil in frischer Luft bewegen und gut körperlich pflegen, um in zwei bis drei Wochen wieder völlig arbeitsfähig zu sein.“ Der Erfolg der Beschwerde ließ nicht

lange auf sich warten. Im Juni erhielt S. folgenden Brief: „Mit anliegendem Schein gehen Sie bitte schleunigst zu Herrn Sanitätsrat Dr. Rhode, Waldemarstraße 55. Derselbe wird Ihnen die gewünschte Schonung hinschreiben, und kommen Sie dann gefälligst direkt zu uns. Achtungsvoll Betriebskrankenkasse Auer. J. A. Schmidt.“ Und so geschahs. S. trug den beigefügten Hauskrankenschein zum Herrn Sanitätsrat und kriegte jezt seine zwei Wochen Schonung anstandslos bewilligt, die ihm hinterher sogar auf drei Wochen verlängert wurden. Offenbar hatte die Aufsichtsbehörde inzwischen dem Kassenvorstand samt dem Vertrauensarzt „Bescheid“ gestofen.

Das Verfahren, Krankenhauspfllege für einen Kranken oder Kassenbesitzer anzuordnen, der eben noch arbeitsfähig erklärt worden war, aber schließlich als arbeitsunfähig anerkannt werden mußte, steht nicht vereinigt da. Es ist nicht nur gerignet, auf die betroffenen Kassenmitglieder wie eine Sackgasse zu wirken; es muß auch den Krankenhäusern ihre Arbeit erschweren. Die Krankenhäuserverwaltungen tun recht daran, solche Zwangspatienten abzuweisen, unbefürchtet um die „Autorität“ der Vertrauensärzte, von denen sie ihnen zugeschiedt werden. Unsere Krankenhäuser sind keine Genesungsheime, sie bieten nicht mal Platz genug für alle Kranken, die der Anstaltspflege bedürfen. Es ist in der Tat ein starkes Stück, Kassenbesitzer in Krankenhäuser zu schicken, wo sie den Platz wegnehmen, der für Schwerverranke gebraucht wird.

Die Flucht der Sparer. Bei der Sparkasse der Stadt Berlin wurden, wie sich aus den Monatsberichten des Berliner Statistischen Amtes ergibt, im Quartal April bis Juni dieses Jahres 14 124 767 M. eingezahlt, aber andererseits mußten in denselben drei Monaten 10 288 506 M. ausgezahlt werden. Hiernach sind im Laufe dieses Quartals 5 158 739 M. mehr aus- als eingezahlt worden. Freisinnige Statistiker pflegen aus dem Sparlassenverkehr einen Schluß auf eine mehr oder minder „günstige“ Lage der Arbeiterklasse zu ziehen. Sie gehen dabei von der erdichteten Voraussetzung aus, daß es hauptsächlich die Arbeiterfamilien seien, die ihre etwa erübrigten Groschen auf die Sparkasse tragen. Nun hat das letzte Jahr für die Berliner Sparkasse eine ganz außerordentliche Zunahme der Auszahlungen gebracht, und diese rückläufige Bewegung dauert noch immer an. Wollten die freisinnigen Sparlassenstatistiker konsequent sein, so müßten sie hieraus folgern, daß die Lage der Arbeiterbevölkerung Berlins sich in der letzten Zeit plötzlich ganz außerordentlich verschlechtert habe. Aber selbstverständlich hüten sie sich, jezt diesen Schluß zu ziehen, der ihnen schlecht in den Kram passen würde. Er wäre ja auch Unsinn; denn die Bewegung des Sparlassenverkehrs wird eben nicht in erster Linie durch die paar Spargroschen beeinflusst, mit denen die Arbeiterbevölkerung an den Ein- und Auszahlungen beteiligt ist. Die Flucht der Sparer, die wir gegenwärtig erleben, ist daraus zu erklären, daß all die kleinen Kapitalisten, die bisher ihre Ersparnisse auf der Sparkasse zu liegen hatten, jezt mehr Zinsen haben wollen und sie anderwärts auch ohne Risiko kriegen können.

Vom Trinkgelberwesen.

Wer seine Angestellten so miserabel entlohnt, daß sie Trinkgelber nehmen müssen, um überhaupt bestehen zu können, der degradiert — bei Dichte besehen — sich selber zum Trinkgeldnehmer. Er selber ist es ja, dem die Trinkgelber zugute kommen, da sie es ihm möglich machen, am Lohn zu sparen und einen desto höheren Profit für sich bzw. seine Auftragsgeber herauszuwirtschaften. Diese Praxis wird von sehr vielen „Brot-herrn“ befolgt, die deffenungsgachtet sich für hochachtbare Leute halten. Sie „finden nichts dabei“, weil sie ja nicht in eigener Person die Hand auszustrecken brauchen, um die Sechser und Groschen in Empfang zu nehmen. Welcher Direktor unserer Omnibus- oder Straßenbahn-Gesellschaften oder welcher Aktionär dieser Gesellschaften würde es als einen Schimpf für sich selber betrachten, daß die Schaffner Trinkgelber nehmen müssen? Und die Omnibus- und Straßenbahnschaffner sind nicht mal die einzigen Uniformierten, die trotz ihrer hohen Lohn durch Trinkgelber aufbessern zu können.

Im Gastwirtschaftsgewerbe gilt, wie bekannt, das Trinkgeld als etwas so Selbstverständliches, daß sehr oft überhaupt kein Lohn gezahlt wird. Ähnlich liegen die Dinge im Hotelwesen. In diesen Erwerbzweigen muß für das „Recht“, ohne Lohn arbeiten und Trinkgelber nehmen zu dürfen, manchmal obenein noch eine „Pacht“ bezahlt werden. Da ist dann der Herr „Arbeitgeber“ in der angenehmen Lage, sogar seinen haren Anteil an der Ernte aus den Trinkgeldern einzusacken zu können. Er braucht deshalb nicht gleich darauf zu verzichten, sich nach wie vor für einen Ehrenmann zu halten. Solche doppelte Ausbeutung der Angestellten gilt in Fachkreisen als ein durchaus anständiges Geschäft. Auch das Publikum, das die Trinkgelber zu zahlen hat, hat sich an diese Zustände so vollständig gewöhnt, daß es sie kaum noch bemängelt. Im übrigen ist es wohl selbstverständlich, daß man Angestellten, die auf Trinkgelber angewiesen werden, dieses Trinkgeld nicht verweigert.

Weniger willig gezahlt wird aber das Trinkgeld noch in einem Erwerbzweig, in dem gleichfalls die meisten Arbeitgeber ihre Angestellten so lärglich entlohnen, daß diese ohne Trinkgelber nicht existieren könnten. Wir meinen das Wadewesen. Immer wieder hört man Klagen darüber, daß in Badeanstalten Wärter und Wärterinnen auf Trinkgelber rechnen und den Besuchern das allzu deutlich zu verstehen geben. Ja, soll man ihnen das verdenken? Wo das Trinkgeld als ein Teil des Lohnes angesehen werden muß, da gelangt das auf Trinkgelber angewiesene Personal nur zu bald dazu, das Trinkgeld als etwas Selbstverständliches zu beanspruchen. Ein Parteigenosse schreibt uns, in einer privaten Badeanstalt sei einer Besucherin ein Trinkgeld von 10 Pf. geradezu abgefordert worden. Die Wärterin habe erklärt, sie kriege keinen Lohn. Ein anderer Freund unseres Blattes klagt, daß auch in einer Filiale des Admiralsgartenbades das Trinkgeldwesen ihm lästig geworden sei. Er hat offenbar vergessen, sich zu erkundigen, welche Löhne die Admiralsgartenbad-Gesellschaft zahlt.

Eine unlaute Geschäftsreklame. Abermals wird von einer Firma der Kopf des „Vorwärts“ dazu benützt, das Publikum auf der Straße zu düpiieren. Diesmal ist es das Pfandleihgeschäft von Richard Sommerfeld, Grüner Weg 78, welches auf diese Weise Geschäftsreklame zu machen sucht. Wir teilen hierdurch mit, daß obige Firma eine Erlaubnis, den Kopf des „Vorwärts“ für ihre Geschäftsreklame zu benutzen, nicht erhalten hat.

Proletarierkinder. Am Elisabethufer legen regelmäßig Röhne, mit Wäpsteinen beladen, an. Die Lösung einer solchen Röhnebeladung ist keine leichte Arbeit; trotzdem sind nicht selten Frauen und mitunter auch Kinder dabei tätig. Gestern konnte man sehen, wie eine ganze Schifferfamilie, Mann, Frau und vier Kinder, zwei

Jungen und zwei Mädchen, sich mühten, Karre um Karre voll Wäpsteine vom Kahn nach dem Ufer zu bringen. Alle mühten Hand anlegen und der kleinste Knirps war so fleißig wie sein Vater mit den schnigen Armen. Eine Anzahl Menschen sahen der fleißigen Familie zu, darunter auch einige kleine Wäpsteine mit einer Stange voll bunter Düten mit Fliegenleim, womit sie hausieren gingen. Mit besonderem Interesse beobachteten sie die Schifferkinder bei ihrer harten Arbeit. „Du, da ist Fliegenleim verfloßen doch wat schöneret“, meinte der eine nachdenklich. „Na, und die schweren Steine bei die Hitze, det muß ja sackerlich sind“, antwortete ihm mit Mitleid im Ton ein kleines Mädchen und schwenkte ihre Fliegendüten hin und her. „Die Hitze ist sehr jut“, mischte sich der dritte wichtig ein. „da wird es endlich mal recht vilie Fliegen geben, damit wir och 'n paar Groschen verdienen.“ Klauernd gingen sie weiter. Sie waren vielleicht die einzigen unter den Zuschauern, die volles Verständnis für die Lage der Schifferkinder besaßen, aus ihrer eigenen trübseligen Erfahrung als Proletarierkinder.

Automobilkuppen mit Affordbösen sollen nach einer gemeinsamen Verfügung der Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten von nun an zugelassen werden. Wir nehmen hiervon Notiz, damit unsere Leser über die zukünftige bessere Automotil unterrichtet sind.

Zwei Personen ertrunken. Die Oberpree hat gestern wieder zwei Opfer gefordert. Der 23jährige Schlosser Weiß aus der Simon Dackstraße 12, der in den Kabelwerken in Ober-Schöne-weide beschäftigt war, hatte gestern mittag während der Essenszeit in der Spree gebadet. Kaum war er einige Meter in den Fluß hinausgeschwommen, so sank er plötzlich von einem Herzschlage getroffen unter und ertrank. — Von einer Jille abgestürzt und ertrunken ist gestern nachmittag der Bootsmann Bernhard Dominski, der bei dem Schiffer Riegemann in der Schleifensstr. 19 angestellt war. D. hatte auf dem Hinterteil des Rahnes am Steuer gestanden. Als das Fahrzeug die Oberpree bei Ober-Schöne-weide entlang ftrieb, stürzte der noch junge Bootsmann plötzlich hinterwärts in die Fluten und ertrank, bevor Hälfte zur Stelle war. Die Leichen der beiden Ertrunkenen konnten noch nicht gelandet werden.

Automobilunfälle haben sich am Montagabend und am gestrigen Mittag ereignet.

An der Ecke der Behrenstraße hatte am Montagabend der Koch Bernhard Pöhl, Rosalischstraße 5 wohnhaft, den Fahrradweg überfahren wollen und beim Ausweichen eines Geschäftswagens geriet er an ein entgegenkommendes Privatautomobil heran. Der Bedauernswerte wurde zu Boden gerissen und eine Strecke mitgeschleift. Ein Schuhmann brachte den Verunglückten blutüberströmt nach der Unfallstation in der Kronenstraße. Der diensttuende Arzt stellte einen Bruch des rechten Unterschenkels, schwere Querschunden des linken Unterschenkels und fast am ganzen Körper stark blutende Abschürfungen fest. Nach Anlegung von Rotverbänden fand B. im Krankenhaus Roabit Aufnahme.

Der andere Unfall trug sich gestern mittag auf dem Bittenbergplatz zu. Eine etwa 60 Jahre alte Dame war im Begriff gewesen, den Fahrdamm zu überschreiten, als sie von einem daherausfahrenden Geschäftswagen des Warenhauses A. Wertheim niedergedrückt und über Kopf und Brust hinweggeföhrt wurde. Auf dem Transport nach der Unfallstation am Zoologischen Garten erlag die Verunglückte den schweren Verletzungen. Die Leiche wurde zur Rekonoszierung nach dem Schauhause gebracht.

Zweimal kurz hintereinander verunglückt ist der bei der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft angestellte Bahnwärter Bornitz. Vor etwa vier Wochen wurde B., der auf dem Depot in Reinickendorf bedienstet ist, beim Reinigen einer Weiche in der Hauptstraße in Reinickendorf von einem Fleischertwagen überfahren und schwer verletzt. Nach nahezu einem Monat Krankenhaus konnte B. am Montag seinen Dienst wieder aufnehmen. Als er gestern nachmittag in der Pantower Allee Schienen reinigte, wurde er von den Rädern eines vorbeifahrenden Geschäftswagens erfaßt und fiel so unglücklich, daß ihm das eine Hinterrad des Fuhrwerks über die rechte Schulter hinwegging. Der Bahnwärter erlitt eine schwere Querschung, die seine Ueberführung nach einem Krankenhaus notwendig machte.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis gibt den beteiligten Vereinen bekannt, daß im Herbst dieses Jahres eine neue Abteilung für weibliches Hauspersonal, Linsstraße 11, am Potsdamer Bahnhof eröffnet wird. Die Vermittlungsstelle in der Gormannstraße liegt für die Friedrichstraße, das Kreuzbergviertel und den ganzen Westen zu erufen, als daß Hausfrauen und Hausangestellte aus diesen Gegenden den gemeinnützigen Stellennachweis in größerem Umfange benutzen könnten. Das genaue Datum der Eröffnung wird noch bekanntgegeben.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Donnerstagsabend 9 Uhr: 8. Abtheilung für Schöneberg bei Döb, Meiningergstr. 8, und 4. Abtheilung für Lichtenberg-Kummelsburg bei Lindner, Grünbergerstr. 10. Vortrag in beiden Abteilungen über: Vergiftungen und gefährdende Krankheitszustände. Daran anschließend: Praktische Uebungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Feuerwehrbericht. Wegen eines großen Kellerbrandes wurde die Feuerwehr nach der Rotherstr. 23 alarmiert. Dort standen die Räume der Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft in Flammen. Diese hatten an Stroh, Regalen und anderem leicht brennbaren Material reiche Nahrung gefunden. Durch kräftiges Wassergeben mit mehreren Hähnen wurde die Gefahr beseitigt. Mittags wurde der 20. Zug nach der Brüderstr. 34/38 alarmiert. Zum Wasserzweck wurden mehrere Züge nach dem Urbanhafen, wo ein Kahn zu sinken drohte, und nach der Forsterstr. 38 alarmiert. In der Kassebäckerei von Theodor Hildebrandt in der Panstraße 18 brannte nachts getrocknetes Mehl und in der Wasserstr. 20 Papier u. a. in einem Luftschacht. Auf dem Schloßplatz geriet ein Automobilomnibus in Brand. Die Fahrgäste retteten sich durch eilige Flucht. Die Flammen konnten auf den Motor beschränkt werden. In der Glogauerstr. 19 hatte der achte Zug zu tun. Müll war dort in Brand geraten. Kurzschluß in einem elektrischen Motor war die Ursache eines Alarms nach der Rosenthalerstr. 54. Ferner liefen noch Alarms aus der Wasserstr. 62, Warschauerstr. 11, Dolzigerstr. 17, Bernauerstr. 47a, Wicelstr. 87, Strauhergerstr. 6a und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Ein entsetzliches Brandunglück hat sich gestern vormittag 11 Uhr in der Wohnung des Straßenbahnschaffners Eugen Glanert, Weizigerstraße 19, während der Wam im Dienst und die Ehefrau zum Kaufmann gegangen war, ereignet. Von den ohne Aufsicht in der Wohnung zurückgelassenen drei Kindern, einem 2 1/2 jährigen Mädchen, einem 6 Jahre alten Knaben und einer 8 jährigen Tochter, wollte die letztere nach Aussage ihres Vaters den Gaslocher in der Küche anzünden, um sich Kaffee warm zu machen. Hierbei gerieten ihre Kleider in Brand und in wenigen Sekunden stand sie in hellen Flammen. In ihrer Todesangst rüttelte sie vergeblich an der verschlossenen Tür, während die anderen Kinder aus der Küche in das Nebenzimmer flüchteten. Infolge des Hülfegehräus schlugen die Nachbarn die Tür ein, doch war es leider zu spät. Am ganzen Körper verbrannt, wurde die Kleine nach der Unfallstation in der Herderstraße gebracht, von wo aus sie sofort nach dem Schöneberger Krankenhaus geföhrt wurde. Auf dem Wege dorthin verstarb sie.

